

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Scheinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Zeitzeile oder deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags.

b. Auf dem nächsten deutschen Juristentag in Karlsruhe, der in der zweiten Septemberwoche d. J. stattfindet, wird die gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrags, insbesondere des Tarifvertrags erörtert werden. Entsprechend dem allgemeinen Zuge in der rechtswissenschaftlichen Literatur wird wohl die dort herrschende Meinung im Sinne dieser gesetzlichen Regelung zum Ausdruck kommen. Abgesehen von den Gewerkschaften, scheinen heute in Deutschland fast ausnahmslos alle in Betracht kommenden Kreise, die Regierung, bürgerliche Parteien, Unternehmerkorporationen, Juristen verschiedener Richtung, für eine gesetzliche Sicherung der Tarifverträge einzutreten. Die Arbeiter und ihre Organisationen haben keinen Anlaß, unbedingte Gegner dieser gesetzlichen Regelung zu sein, sie scheuen aber wie das gebrannte Kind das Feuer, sie sind überzeugt, daß eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge unter den gegenwärtigen politischen und parlamentarischen Verhältnissen nichts anderes bedeuten könne als eine Stärkung der Unternehmer, als eine Schwächung der Arbeiterschaft. Die wenigen Fälle, in denen der Versuch gemacht wurde, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Einwirkung auf den Arbeitsvertrag zu gewinnen, waren arbeiterfeindlich, mußten von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags auf das allerstärkste bekämpft werden. Es handelte sich im Jahre 1890 bis 1891 um die Bestrafung des Kontraktbruchs, dann ruhte eine Zeitlang der Versuch, auf die Gesetzgebung einzuwirken, bis wir im Zuchthausgesetz den heißen Eifer der Spitzen des Reiches erkannten, das Koalitionsrecht zwar formell weiterbestehen zu lassen, aber seine Anwendung in so hohem Maße zu erschweren, daß es vollständig wertlos geworden wäre. Nun sollen wir unter der Herrschaft des Blockreichstags, bei der bedeutungsvollen Strömung in der nationalliberalen Partei, sich von der Macht des Unternehmertums vollständig unterjochen zu lassen, zu Regierung und Reichstag das Vertrauen haben, daß sie ein Gesetz über den Arbeitsvertrag machen, das nicht den Unternehmern allein, sondern auch für die Arbeiter von Vorteil sein könnte!

Gegen diese Abneigung der Arbeiter müssen sich natürlich die Juristen wenden, die für die gesetzliche Regelung eintreten und die nicht als Vertreter des Unternehmertums diesen Standpunkt einnehmen. Hieraus ergibt sich eine Polemik gegen die in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Aufsätze, die nachher als Broschüre „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“ erschienen sind. Drei von den vier Gutachten über den Tarifvertrag für den deutschen Juristentag liegen uns vor, die von Professor Kobatsch, Dr. Zimmermann und Dr. Ettinger, besonders die beiden letzteren wenden sich polemisch gegen unsere Ausführungen, die, soviel wir beurteilen können, keinen Widerspruch in der Arbeiterpresse gefunden haben und vielfach von der Gewerkschaftspresse Deutschlands und Österreichs abgedruckt wurden. Die einschiedenen Vertreter der rechtlichen Ordnung der Tarifverträge vergessen ein wichtiges Moment. Siegt, wie kaum mehr zu bezweifeln ist, bei der Gesetzgebung die Versuchung, bei der Regelung des Tarifvertrags offen oder verhält, direkt oder indem sie der Interpretationskunst der Gerichte freien Lauf läßt, den Unternehmern mehr Recht einzuräumen als den Arbeitern, so wird das Interesse der Arbeiter an dem Tarifvertrag gemindert werden oder vielleicht ganz schwinden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind nicht in der Weise Fanatiker des Tarifvertrags wie manche Juristen, denen die Form wichtiger ist als der Inhalt ist, die einfach in dem Tarifvertrag selbst ein hervorragendes Rechtsgut sehen, das zu sichern und zu erhalten allein schon des Schweißes der Edlen wert wäre. Wir sind keine formalen Juristen, wir sind nicht Leute, denen die Vertretung gewisser Rechtsformen übermäßig bedeutungsvoll erscheint, wir haben immer und auch insbesondere in den hier angeführten Aufsätzen mit allem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß der Tarifvertrag an sich uns gleichgültig ist, daß wir keinen Tarifvertrag einem schlechten vorziehen und daß wir uns heute glücklicherweise schon mit Siebenmeilenliefeln von dem Standpunkt entfernen, in dem Abschluß eines Tarifvertrags schon Vorteil und Gewinn zu sehen. Von diesem Gesichtspunkt aus können wir die Polemik mit Herrn Dr. Markus Ettinger in Wien kurz abtun. Er schreibt:

„Die Ansicht Adolf Brauns („Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“, Seite 44), wonach die Tarifverträge nicht an sich nützlich sind, sondern daß die

Nützlichkeit von dem Inhalt bestimmt wird, übersteht das begriffliche Merkmal des Arbeitsnormenvertrags als Fixierung von Minimalarbeitsbedingungen.“

Hier steht man die juristische Auffassung fast völlig verhält. Das begriffliche Merkmal erscheint dem Juristen natürlich das Wichtigste. Er meint, durch diese juristische Festlegung auch tatsächlich den Inhalt unbedingt zu sichern. Wir kennen freilich die sozialen Verhältnisse aus der Praxis, wir haben nur zu oft die Methoden beobachtet, nach denen der Arbeiter um seinen Lohn geprellt wird, und wir wissen vor allem, daß der Inhalt der Tarifverträge durch die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen gesichert wird, und daß von dieser Sicherung ohne Rechtsschutz 99 Prozent der Tarifverträge ihre Garantie empfangen haben. Andererseits sind wir keine derartigen Überschätzer der Gesetze, um aus ihnen die Sicherung ableiten zu können, daß der Arbeiter einen festgesetzten Minimallohn auch tatsächlich empfängt. Auch das beste und energiefichste Gesetz kann innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Arbeitern eine Beschäftigung nicht sichern und deshalb auch einen bestimmten Lohn unter allen Umständen nicht garantieren. Aber die Gewerkschaften vermögen, und das haben sie auch während der gegenwärtigen Krise bewiesen, denjenigen Arbeitern, die die Unternehmer nicht entbehren können, die tariflichen Bestimmungen zu sichern. Ist das nun schon gelungen, warum soll dies künftig nicht auch möglich sein, wo doch alle Anzeichen für eine weitere Stärkung aller Gewerkschaften und für eine immer größere Annäherung der Unternehmer an die kollektive Vertragsform sprechen. Die Arbeiter haben es wirklich nicht notwendig, eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge zu erfordern, und auch diejenigen Unternehmer, die hierbei keine Sintergedanken haben, werden auch dringlichere Aufgaben der Gesetzgebung kennen. Wir überlassen also die Sehnsucht nach der neuen Gesetzesform den Juristen und bitten sie, sich auf uns nicht zu berufen, wenn sie für diese neue Gesetzgebungsarbeit Propaganda machen.

In besonders ausführlicher Weise wendet sich Dr. Zimmermann gegen unsere kühle Haltung einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge.

Zimmermann meint, daß die Beseitigung der rechtlichen Mängel, der Unsicherheit, Unverbindlichkeit und Unwirksamkeit der Tarifverträge den Kern der Gesetzgebungsarbeit gegenüber diesen sozialen Gebilden ausmachen wird. Nun möchten wir doch einmal die sich ihrer Unparteilichkeit stets rühmenden Universitätslehrer, sonstigen Gelehrten und insbesondere die Juristen fragen, woraus denn das Bedürfnis nach einem Gesetz entsteht, insbesondere wenn dieses ausschließlich die Interessen der Unternehmer und Arbeiter können allein an der rechtlichen Ordnung der Tarifverträge ein Interesse haben. Nun bemüht sich Dr. Zimmermann, die ganze Literatur der Arbeiter durchzujubeln, und er findet keinen einzigen Beleg für seinen Wunsch einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge in der Presse und Literatur der Arbeiterbewegung und am allerwenigsten in der Presse der Gewerkschaftsbewegung, obgleich er nicht nur die reichsdeutsche, sondern auch die österreichische Literatur in dieser Hinsicht durchforscht hat.

Zimmermann erwähnt eine Äußerung der deutschen „Arbeiter-Zeitung“, die gelegentlich der Beratung des Reichstags über die Anträge des Grafen Pommesch und Dr. Jund erklärte, daß ihr eine rechtliche Verfolgbarkeit der Ansprüche aus dem Tarifvertrag gegen die Gewerkschaften recht erwünscht erscheine. Das allein genügt vollkommen, um unseren Standpunkt für begründet zu erklären, daß die Arbeiter die lebhaftesten Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrags haben müssen. (Schluß folgt.)

Die Arbeiterfrage auf dem Katholikentag.

n. Für die Verdienste, die die katholischen Arbeiter-, Knappen- und Gesellenvereine sich um den Katholikentag erworben haben, indem sie zu seiner Verherrlichung und Einleitung einen gewaltigen Festzug veranstalteten, haben sie ihren Lohn in Gestalt von vielen Belobigungen aus geistlichem und weltlichem Munde erhalten. Im Düsseldorfser Hofgarten war eine prangende Tribüne aufgeschlagen, auf der die hervorragenden Spitzen des Merkantilismus throneten, darunter Seine Eminenz der Kardinal Fischer, Erzbischof von Köln. Ihm in erster Linie galt die Huldbildung der katholischen Arbeiter, die 65 000 Mann stark aus Rheinland und Westfalen herbeigezogen waren, um für ihre An-

hänglichkeit am Glauben Zeugnis abzulegen. Ein Arbeitervereinspräsident hielt eine Ansprache, worin er den Erzbischof der Deute der katholischen Arbeiter für die Kirche versicherte, worauf der Erzbischof seine Freude ausdrückte über „diese großartige Kundgebung der arbeitenden katholischen Bevölkerung“, in der er einen Beweis erblickte, „wie tief noch die Liebe und der Gehorsam gegenüber der von Gott gesetzten Ordnung ist“. Und in einer der Versammlungen, die dem Arbeiterfestzug folgten, wiederholte der Erzbischof seinen Dank für die „herrliche Kundgebung“ und sprach abermals seine Freude aus, „daß die katholische arbeitende Bevölkerung treu steht zu den Bischöfen und zu den Priestern, die die Bischöfe den Arbeitern senden. Wie schön war es doch, daß heute in dem Festzug fast jede Gruppe geleitet wurde von einem Priester. Ja, meine lieben Arbeiter, die Priester sind eure besten Freunde, und namentlich das Herz der Bischöfe schlägt warm für das arbeitende Volk. Steht auch in Zukunft treu und fest im heiligen katholischen Glauben und laßt euch niemals diese Liebe und das Vertrauen aus euren Herzen reißen.“

Diese Worte an die katholischen Arbeiter-, Knappen- und Gesellenvereiner zielten nach einer anderen Seite. Vorher hatte der Bischof geredet von „harten Worten“, die jüngst bei einer Gelegenheit, wo man sich mit dem Arbeiterinteresse beschäftigte, gefallen seien und die seinem bischöflichen Herzen, das so warm für die Arbeiter schlage, sehr wehe getan hätten. Kardinal Fischer meint damit die Vorkommnisse auf der internationalen Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer (Zürich, 3. bis 5. August), wo die Herren Giesberts, Schiffer, Stegerwald sich gegen die Einmischung der Bischöfe in die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der katholischen Arbeiter wandten. Erzbischof Fischer ist Gegner der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften; er hat Rücksicht zu nehmen auf das rheinische Zentrum, das am Bestehen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften aus politischen Gründen interessiert ist, und deshalb hält er mit seiner Gegnerschaft zurück; er gibt sie nur auf Umwegen kund, indem er um so eifriger die konfessionellen Organisationen lobt, die treu zu den Bischöfen halten und in den Priestern ihre wahren Freunde und Führer sehen. Wenn man nun weiß, wie wenig die von dem Bischof gelobten Vereine für die Arbeiterbewegung zu bedeuten haben, dann kann man sich einen Begriff davon machen, wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Deute bestellt ist, die wie der Erzbischof Fischer in Wehmut und Liebe vor den braven und frommen Arbeitern zerfließen. Unterordnung des ganzen Menschen unter die Kirche, Verzicht auf jede selbständige Regelung, auf jedes Klassenbewußtsein, auf jede Solidarität — das ist es, was die edlen Herren der Kirche, deren Geist die Katholikentage beherrscht, von den Arbeitern fordern. Die Religion, die Kirche über alles — der Mensch mit seinem Drange nach Glück, nach Wohlstand, nach Freiheit kommt erst in zweiter Linie; für das, was ihm die Kirche hienieden an Entbehrungen auferlegt, gibt sie ihm Ersatz in den Freuden des Jenseits!

Auch der Präsident des Katholikentags, Graf Praschna, zerfloß in eitel Wehmut und Liebe zu den Arbeitern. In seiner Schlussansprache in der letzten öffentlichen Generalversammlung rühmte er noch einmal die unvergleichliche Kundgebung der katholischen Vereine. „60 000 gläubige Arbeiter erhoben hier die schwelgende Faust zum Bekenntnis für ihren Glauben. Das war ein Anblick, so schön, wie man ihn nie wieder erlebt. Ich schäme mich nicht, zu gestehen, daß ich mich mehrmals abgewendet habe, um die Tränen zu verbergen, die mir in die Augen kamen, und manchen um mich herum sah ich, dem es nicht anders ging. Wahrlich, in diesem Augenblick hatte man das Gefühl: es ist eine Lust, zu leben, und im Herzen dankte man Gott, daß er uns vergönnte, uns katholisch nennen zu dürfen.“

Graf Praschna, dem vor lauter Liebe zu den Arbeitern die Tränen in die Augen gekommen sind, ist Zentrumsgesandter des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses. Er gehört zu den würdigen „Volksvertretern“, die sich geweigert haben, den Antrag der preussischen Zentrumsfraktion auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtagswahl zu unterschreiben. Ein „Arbeiterfreund“, dem beim Anblick demonstrierender gläubiger Arbeiter die Tränen in die Augen kommen, der sich aber weigert, den gläubigen Arbeitern aus ihrer Rechtlosigkeit zu verhelfen und sie für unwürdig erachtet, an der Gesetzgebung teilzunehmen. Der Herr Graf hat sich schon bei anderer Gelegenheit als großer „Arbeiterfreund“ hervorgetan. Im preussischen Abgeordneten-

haus tabelle am 15. Januar 1908 der konservative Abgeordnete v. Woyna das Zentrum, weil es für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eintrete, wobei er dann die Folgen eines solchen Schrittes in bedingstigen Farben ausmalte. Darauf erhob sich Graf Praschma zu folgender Erwiderung: „Herr v. Woyna hat gesagt, er bedaure ungeheuer, daß sich das Zentrum für die vollständige Übertragung des Koalitionsrechtes der gewerblichen Arbeiter auch auf die ländlichen Arbeiter erklärt habe. Der Herr v. Woyna befindet sich aber hierbei in einem kleinen Irrtum. Das Zentrum ist für eine uneingeschränkte Übertragung des Koalitionsrechtes der gewerblichen Arbeiter auf die ländlichen nie eingetreten, sondern es hat stets erklärt, daß vielleicht auf die Dauer das Koalitionsrecht, das heute den ländlichen Arbeitern vollständig versagt ist, ihnen nicht weiter versagt werden könne. Sie können aber sicher sein, daß das Zentrum, falls die Übertragung stattfinden muß, geschlossen alle Kautelen schaffen wird, damit nicht die erschreckenden Folgen eintreten, die Herr v. Woyna zu sehen glaubt.“

Der spätere Präsident des Katholikentages, Graf Praschma, produziert sich also hier als Befürworter der Entrechtung der Landarbeiter, denn man kann sich denken, was es heißt, daß das Zentrum nicht für eine uneingeschränkte Übertragung des Koalitionsrechtes der gewerblichen auf die ländlichen Arbeiter eintreten und daß es für etwaigen „Mißbrauch“ die nötigen „Kautelen“ schaffen wird. Der Herr Graf ist Mittergutsbesitzer; er lebt von der Ausbeutung der ländlichen Arbeitskraft, und man versteht, weshalb er als Katholikentagspräsident vor den Arbeitern Tränen der Liebe vergießen kann, aber denselben Arbeitern als Zentrumsmitglied als Wahlrecht und als Agrarier das Koalitionsrecht vorenthält. Vor allen Dingen aber sieht man, was für Wiederleute es sind, die sich auf den ultramontanen Paraden als die einzig wahren Freunde und Schützer der Arbeiter aufspielen wissen.

Natürlich hat es auf dem Düsseldorf Katholikentag nicht an Beschläüssen sozialpolitischer Art gefehlt. Der sozialistische Kommission, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hatte, lag ein ganzes Duzend Anträge vor. Selbstverständlich sind die zur Beratung zugelassenen Anträge vorher sorgfältig auf ihre Unschädlichkeit geprüft, der Vorstand des Katholikentages läßt keine Anträge zu, die irgendwie zu Auseinandersetzungen führen und die Einigkeit des Katholikentages gefährden könnten. Zudem werden die zugelassenen Anträge, ehe sie an die geschlossenen Generalversammlungen kommen, erst in den verschiedenen Kommissionen, deren Sitzungen geheim sind und über deren Verhandlungen kein Bericht erscheinen darf, vorberaten. Die Verhandlung in den geschlossenen Generalversammlungen ist Romödie. Eine Debatte findet nicht statt und im Galopp tempo werden die Anträge dort erledigt. So wurde das Duzend sozialpolitischer Anträge in knapp zwei Stunden abgetan; sie betrafen den Fortbildungsunterricht der Arbeiterinnen, die Dienstbotenfrage, die katholischen Ständevereine, die Wohnungsfürsorge, die Kommunalpolitik usw. Ein spaltenlanger Beschluß faßt die Aufgaben zusammen, denen die Katholiken Deutschlands auf sozialem Gebiete ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollen. Selbstverständlich wird das „katholische Volk“ sich nicht im mindesten durch derartige Beschläüsse in seinem Tun und Lassen beeinflussen lassen. Erzbischof Fischer wird nach wie vor den christlichen Gewerkschaften, wenn ihnen auch der Katholikentag seine Sympathie erklärt, abgeneigt sein, und Graf Praschma wird sich durch seine Düsseldorf Präsidentschaft nicht im mindesten bewegen fühlen, seine Abneigung gegen das Wahlrecht und das Koalitionsrecht abzulegen. Und genau so werden's die übrigen Vertreter der Kirche und des Zentrums halten.

Die Ultramontanen bleiben trotz der Reden und Beschläüsse des Düsseldorf Katholikentages das, was sie sind und waren: Vertreter und Nutznießer eines Systems, das auf der Verdummung, Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes gegründet ist. Und wenn sie öffentlich Tränen der Rührung vergießen über die braven Arbeiter, insgeheim lachen sie über die törichten Menschen, die sich ihnen so willig als Dekoration für ihre Paraden und als Opfer für ihre Verdummungs- und Ausbeutungskünste anbieten.

Aus der bayerischen Holzindustrie.

(Schluß.)

Die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und Kinder erfolgt häufig genug noch in einer Weise, die mit dem Gesetz und den einfachsten Forderungen des Arbeiterschutzes in Widerspruch steht. So erfolgten in Oberbayern auf Grund des § 185 Absatz 1 der Gewerbeordnung 16 Veranlassungen wegen unzulässiger Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gegen 4 im Vorjahr. Und zwar waren 22 jugendliche unzulässig beschäftigt gegen 5 im Vorjahr, davon je einer in einem Sägewerk und in einer Holzwarenfabrik. Im Bezirk Niederbayern mußte festgestellt werden, daß eine ungesekliche gewerbliche Kinderarbeit verhältnismäßig häufiger vorkommt, als für den Aufsichtsbezirk anzurechnen war. Es wurden 97 Knaben und 12 Mädchen ermittelt, veranzählt mit 7 bis 9 Jahren, meist zwischen 10 und 12 Jahren, welche ungeseklich beschäftigt wurden, unter anderem auch als Holzdreher und mit Farbenreiben und Anstreichen in einer Schreinerwerkstätte. Im gleichen Bezirk wurde gegen den Inhaber einiger Holzindustriebetriebe eingeschritten, die jugendliche beim Kreislagebetrieb und beim Bedienen von Abriechmaschinen beschäftigt hatten. Aber nicht etwa, um diese für Jugendliche doch durchaus unzulässige Beschäftigung zu inhibieren, sondern allein deshalb, weil die Unternehmer

die Jugendlichen bereits von 5 Uhr früh an beschäftigt hatten. Wie es scheint, hat selbst der Aufsichtsbeamte eine recht weitherzige Auffassung über den Begriff der zulässigen Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter.

Im Bezirk Pfalz wurde wegen ungeseklicher Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gegen 87 Unternehmer eingeschritten, auch gegen den Inhaber einer Kistenfabrik. Hier wurde in 5 Fällen als ungesekliche Beschäftigung jugendlicher das Bedienen von gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen und Dampfesseln, sowie das Umrehen von Gasmotoren ohne Sicherheitsvorrichtung auf Grund des § 120 c der Gewerbeordnung unter sagt. In einer Sjalouiefabrik des Bezirks Oberpfalz wurden Kinder unter 18 Jahren angetroffen; darüber, ob die Beschäftigung derselben unter sagt wurde, werden Angaben nicht gemacht. Im gleichen Bezirk wurde in einer Schreinerrei die Beschäftigung eines jugendlichen mit Arbeiten an der Abriech- und Dickenhobelmaschine unter sagt. Auch im Bezirk Oberfranken wurde in einer kleineren Holzwarenfabrik ein noch nicht 18 Jahre alter Knabe beschäftigt. Da die Aufsichtsbeamten aber nicht feststellen konnten, ob es sich um eine zulässige oder unzulässige Beschäftigung handelte, war ein Einschreiten gegen den Unternehmer nicht möglich. Sehr verbreitet ist die gewerbliche Beschäftigung der Kinder im Bezirk Mittelfranken. Wurden doch allein 41 Kinder in der Bürsten- und Pinselindustrie, 84 in der Holzspielwaren- und Weintropfindustrie beschäftigt. In diesem Bezirk werden auch in den Holzsägewerken ein verhältnismäßig starker Prozentsatz jugendlicher beschäftigt. Im Bezirk Unterfranken wurde in fünf Sägewerken eine gesekwidrige Beschäftigungsbauer bei sieben Kindern festgestellt. Die Verwendung von zwei jugendlichen Arbeitern zur Bedienung einer 100 pferdigen Lokomobile war ebenfalls in einem Sägewerk zu beanstanden. Die Beschäftigung der Kinder und Jugendlichen erstreckt sich in letzteren Betrieben nach dem Bericht im allgemeinen nur auf leichtere Arbeiten, zumeist auf das Wegtragen von Sägemehl und Abfallholz, das Entbinden der Stämme, die Beisackung von Feuerungsmaterial, Brennholzbindelmachen und dergleichen. Eine Beschäftigung, die trotz ihrer „Leichtigkeit“ doch sehr bedenklich ist. Nach unserer Meinung sollten Kinder und Jugendliche in solch gefährlichen Betrieben überhaupt nicht beschäftigt werden. — Es verdient hier noch Erwähnung, daß auch im Bezirk Oberbayern in den hausindustriellen Betrieben der Ründholzschachtelmacherei in der Umgegend von Friedberg verschiedene Gesekwidrigkeiten in bezug auf Beschäftigung von Kindern festgestellt wurden. Die Beteiligten wurden durch den Aufsichtsbeamten belehrt und verwahrt.

Bezeichnenderweise hatten die Fabrikinspektoren auch des öfteren gegen eine unzulässige Beschäftigung von Frauen einzuschreiten. So mußte, um nur einen Fall anzuführen, der Aufsichtsbeamte für Oberbayern die Beschäftigung einer hochschwangeren Frau an der Pendelsäge verbieten.

Derselbe Beamte berichtet, daß in 27 Fällen in seinem Bezirk Erkrankungen und zwei Todesfälle gewerblicher Arbeiter infolge Staubeinwirkung eingetreten seien. Beteiligt sind an diesen Erkrankungen vorzüglich auch Solzarbeiter. Mehr als früher wird auch über die Anbringung von Staubabsaugungsanlagen berichtet. So wurde in der der Heeresverwaltung unterstehenden Munitionsfabrik in Ingolstadt, besonders in der Schreinerrei dieses Betriebs, eine tadellos wirkende mechanische Anlage zur Staub- und Spänebeseitigung erstellt. Im übrigen wurden im gleichen Bezirk in fünf Holzwarenfabriken ähnliche Anlagen zum Zwecke der Staubbeseitigung eingerichtet. Sonst berichtet noch der Beamte von Mittelfranken, daß in seinem Bezirk in einer älteren Möbelfabrik unter Aufwendung von 7000 Mk. eine Staubabsaugungsanlage eingerichtet worden ist und der Beamte von Unterfranken, daß in seinem Bezirk ebenfalls in einer Möbelfabrik die Staubabsaugungs- und Späne transportanlage im unmittelbaren Anschluß an die Holzbearbeitungsmaschinen neu zur Einrichtung kam.

Faßt übereinstimmend wird berichtet, daß die Durchführung der Milzbrandverordnung immer noch zu wünschen übrig läßt. Im Bezirk Oberbayern wurde ein Bürstenfabrikant wegen Nichtbefolgung des § 8 (Unterlassung der Buchführung über das bezogene Material) dieser Verordnung in eine Geldstrafe in Höhe von 5 Mk. genommen. Auch im Bezirk Niederbayern mangelte in einer Bürstenbinderei die Buchführung über bezogenes Auslandsmaterial. Im Bezirk Pfalz kamen in einer Gerberei drei Fälle von Milzbrand-erkrankungen vor, davon nahm eine einen tödlichen Verlauf. Der Vollzug der Bundesratsverordnung ist auch hier in den Bürsten- und Pinselabriken immer noch mit Schwierigkeiten verbunden. Namentlich entspricht die Aufstellung des Desinfektionskloßessels in den wenigsten Betrieben den geseklichen Anforderungen. Im Bezirk Mittelfranken war ein Fall von Milzbrand-erkrankung zu verzeichnen. Derselbe betraf eine jugendliche Arbeiterin, welche in einer kleinen Bürstenmacherei in Nürnberg mit der Herstellung, hauptsächlich dem Beschneiden von Zylinder- und Flaschenwischern sowie Putzweibern beschäftigt war. Trotz der in der Werkstätte angeschlagenen „Warnung“ wurde eine am Rinne des Mädchens entstandene Pustel von keiner Seite beachtet und nach einigen Tagen von derselben mit den Fingernägeln „abgekratzt“. Erst auf die dadurch entstandene Blutung und heftige Entzündung erfolgte die Anrufung eines Arztes, welcher sogleich Milzbrand vermutete und die Verbringung des Mädchens in das städtische Krankenhaus veranlaßte. Es wurde hier Milzbrand konstatiert und das Mädchen nach mehrwöchiger Behandlung geheilt. Die eingehenden, in Verbindung mit dem Stadtmagistrat und dem Amtsarzt gepflogenen Untersuchungen ergaben, daß unter anderem neben desinfizierten Borsten und Haaren auch ein

geringe Menge chinesischer Ziegenhaare zur Verarbeitung gelangte, welche von einem Exporteur nebenbei aus England bezogen wurde und bei deren bakteriologischer Untersuchung im Krankenhaus Milzbrandkeime nachgewiesen werden konnten. Unzweifelhaft ist die Infektion durch diese Ziegenhaare entstanden. Im gleichen Bezirk wurde das Waschen desinfektionspflichtiger Borsten vor der Desinfektion unter sagt. Die strengen Revisionen der Bürsten- und Pinselabriken haben oft zur Folge, daß ausländische Borsten und Haare nicht mehr undesinfiziert bezogen oder vom Spediteur direkt Desinfektionsanstalten übergeben werden. In den Korbhaarspinnereien Kitzingens sind vier äußere Milzbrand-erkrankungen, wovon eine den Tod einer Arbeiterin zur Folge hatte, vorgekommen. Von den Betroffenen war nur ein Arbeiter zeitweise bei den Desinfektionsarbeiten mit den desinfektionspflichtigen Materialien in Berührung gekommen. Die drei Milzbrand-erkrankungen der männlichen Arbeiter verliefen günstig und ließen keinerlei bleibende Nachteile zurück.

Die Berichte beschäftigen sich des eingehenden mit der Lage der Arbeiter in den Sägereibetrieben. Hierüber werden wir demnächst eingehender berichten.

Solz.

II.

b. Ein weiterer Teil des Werkes ist der Aufarbeitung des Solzes in den Fabriken und Werkstätten gewidmet. Zuerst wird die Böttcherei, dann die Holzstoff- und Zellulosefabrikation, die interessanten Leistungen der Holzstoffwarenfabriken und die Herstellung von Holzwolle dargestellt. Es sind dies Industrien, in denen nicht die Leber unseres Blattes tätig sind, auf die wir deshalb nicht eingehen.

Ein besonderes Kapitel ist der Kistenindustrie gewidmet, die erst wenige Jahrzehnte zur fabrikmäßigen Herstellung vorgeschritten ist. Jetzt gibt es Fabriken, die 10000 und mehr Kisten im Tage herzustellen vermögen. Eine Fabrik dieser Art in Wien verwendet 100 Spezialmaschinen, zumeist amerikanischen Ursprungs, darunter auch automatisch arbeitende Nagelmaschinen. Einzelne industrielle Unternehmungen haben sich ausschließlich zur Deckung des eigenen Bedarfs Kistenfabriken angegliedert. Eine große Zuckerrfabrik in Mähren ging sogar so weit, ein eigenes Sägewerk zu errichten, in welchem sie das Rundholz auf Kisten Bretter verschneidet und die Kisten vom Mundstamm bis zur fertigen Zuckerrkiste mit Brandzeichen fix und fertig herstellt. Zum Exporte werden die Kistentteile zugeschnitten, aber nicht zusammengefügt. Einiges Material dieser Art geht auch nach Deutschland.

Die Herstellung von Kisten in den Sägewerken ist sehr einfach. Die für die sechs Kistenwände nötigen Bretter werden von dem in entsprechender Breite vorhandenen Material abgelängt, die nötigen Verstärkungsleisten für Deckel eventuell auch für die Seitenwände beigegeben und alle zu einer Kiste nötigen Teile mit Draht zusammengebunden und versandt. Zumeist wird minderwertiges, für andere Zwecke nicht leicht verwendbares Material verarbeitet. In den eigentlichen Kistenfabriken wird das in großen Mengen vorrätige Schnittmaterial genau sortiert. Alles Minderwertige wird ausgeschieden und später zu Leisten verarbeitet. Sodann werden die geeignet bezeichneten Bretter mit der Kreissäge abgelängt, dann auf einer Abreißmaschine gefügt und die beiden Längskanten gehobelt. Bei einzelnen Sorten werden die gefügten Teile direkt aneinandergelieimt, bei anderen wieder werden sie vorher mit Nut und Feder versehen und dann erst verleimt. Die Seitenteile der Kisten werden nun mit der Feinleimmaschine „geleimt“. Von den vielen Maschinen, die angewandt werden, wollen wir nur die äußerst kostspielige Nagelmaschine erwähnen. In einen Behälter wird ein größeres Quantum Nägel geschüttet. Die Maschine ordnet diese, so daß immer nur ein Nagel durch die Öffnung austritt. Der Nagel wird durch einen Stempel in die Kistentteile eingetrieben, diese Maschine arbeitet mit einer Exaktheit und Raschheit, die geradezu bewundernswert ist.

Die Korb- und Flechtweidenindustrie wird zumeist hausindustriell betrieben, doch gibt es auch fabrikmäßige Betriebe mit motorischer Kraft, so für die Spalt- und Hobelmaschinen. Zum Flechten der Korbmöbel werden in Österreich mit Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Formen noch keine Maschinen verwendet. Geringe sind in Amerika automatisch arbeitende Maschinen im Betrieb, die ein Scheit Holz in Späne schnitzen, gleichzeitig die Späne in ovale Formen bringen und den Rand des Korbes befestigen. Zur Bedienung von zwei solchen Maschinen genügt ein Mädchen. Zwei derartige Maschinen sind imstande, täglich 1200 Obstkörbe fertigzustellen; auch für die Herstellung von Rundkörben aus Rohr wurde in Amerika eine Maschine konstruiert.

Für Bautischlerzwecke wird das weiche Holz in den verschiedensten Stärken und Breiten in den Sägewerken aufgeschnitten. Im Holzhandel spielt die Spekulation eine nicht unerhebliche Rolle, deshalb halten sich die Tischlereien häufig eigene Vorräte von Holz; sie haben auch häufig selbständige Trockeneinrichtungen, obgleich sie das Holz in jeder gewünschten Art von den Holzhandlungen beziehen könnten, wobei sie aber den Schwankungen des Marktes Rechnung tragen müßten. Die Trockenkammern sind in der letzten Zeit stark ausgebildet worden. So sind sie zumeist mit Ventilatoren versehen, die die feuchte Luft absaugen und ins Freie führen, während die frische Luft durch mit Klappen verschließbare Kanäle zu den Rohleitungen zugeführt, dort vorgewärmt und dann erst in die Trockenkammern geleitet wird. Es gibt eine ganze Reihe verschiedener Systeme, die diesem Zwecke zu dienen haben.

Warnung vor Suzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Suzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Angermünde (F. Pfeiffer), Wöhlen in Thüringen, Coburg (Müping & Frick), Garmisch-Partenkirchen, Glogau, Grünstadt, Hof i. B., Jena (Grove), Kaiserlautern (Enber), Krefeld (Schulte), Liegnitz, Lorsch (Weh), Mindelheim, Lann an der Rhön, Waiblingen (Mörlinger), Bern in der Schweiz;
 - Drechseln nach Göttrich (Zahn), Liegnitz (Weser);
 - Modelltischlern nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.);
 - Korbmachern nach dem Altenlande, Berlin und Buxton, Cuxhaven (Sührsen), Wulsdorf;
 - Vergoldern nach Magdeburg (Grubh), Ungarische Leistenfabrik-Gesellschaft in Budapest;
 - Kammachern nach Ober-Amstadt (Obenwälder Kammfabrik).

Ist das Holz genügend getrocknet und abgekühlt, so gelangt es bei den mit Maschinenbetrieb ausgestatteten Tischlereien in den Maschinenraum, woselbst es der Reihe nach die verschiedensten Maschinen passiert, so vor allem die Abriechmaschine, die Hobelmaschine, die Stemm- und Bohrmaschinen, die Zapfenschneide- und Rehlmaschine und die Fräsen. Weiter wird auch häufig die Bandsäge und Zirkularsäge, dann kleinere Hilfsmaschinen, wie die Leistfehlmaschinen und andere verwendet.

In der Möbeltischlerei werden im wesentlichen dieselben Maschinen verwendet, die in der Bauwerkerei für die Holzbearbeitung in Betracht kommen, nur die Fräse spielt eine größere Rolle, weil auf dieser ganz besonders schwierige Rehlarbeiten vorgenommen werden. Im allgemeinen sind die Werkstücke in der Möbeltischlerei viel kleiner und leichter als in der Bauwerkerei, daher können leichtere Typen verwendet werden. In der Möbeltischlerei wird auch viel häufiger die Langlochbohrmaschine verwendet, weil diese rascher als die Stemm- und Bohrmaschine arbeitet und das Nachstechen der halbrunden kleineren Böcher leichter vorgenommen werden kann als bei den einzelnen Teilen der Türen, Tore usw. In der Möbeltischlerei ist in der Regel auf die Trockenheit des Holzes schon der Furnierarbeiten wegen noch viel mehr Wert zu legen als in der Bauwerkerei. Schon das Blindholz der furnierten Möbel muß besonders trocken sein, da beim Aufkleben der Furniere wieder ein gewisses Quantum Feuchtigkeit durch den in Wasser getauchten dünnflüssigen Leim aufzunehmen ist. Ist das Blindholz genügend trocken, so kann die durch den Leim erzeugte Flüssigkeit durch entsprechende fachgemäße Behandlung bald wieder entweichen. Es kann nicht genug Sorgfalt bei der Auswahl des für Möbel verwendeten Holzes angewendet werden. Das Blindholz muß möglichst ruhiges Material sein und nicht aus dem Kern, aus jungen oder aus verwitterten grobjährigen und ähnlichen ungeeigneten Stämmen hergestellt werden. Auch festgewachsene Äste sind nachteilig, während durchfallende Äste durchgeschlagen und andere Holzstücke in die entstehende Öffnung eingefügt werden können. Besonders unzweckmäßig ist das einseitige Furnieren des Blindholzes. In den allerletzten Fällen bleiben einseitig furnierte Möbelteile ruhig; diese verziehen sich gerne, bekommen oft Sprünge oder Risse, und nur ein ganz besonders ruhiges, totes Holz und sehr gut konstruierte Teile (verzinkt, mit Nut und Feder verbunden) bleiben ruhig und verziehen sich nicht, solange sie an trockenen Orten stehen. Als Spezialmaschinen für die Möbeltischlerei kommen in Betracht die Universal-, Abriech-, Hobel-, Züge- und Rehlmaschine mit Tisch von 2 1/2 Meter Länge, weiter die Hobelmaschine, die vertikale Stemm- und Bohrmaschine, die Zapfenschneide- und Schlißmaschine, die Hobelmaschine mit Walzenvorschub, endlich die Fräsmaschine mit vertikaler Spindel und Einrichtung zum Zapfenschneiden.

In der ganzen Welt bekannt, wenn auch in der Produktion auf Österreich im wesentlichen beschränkt, sind die Möbel aus gebogenem Holz. Die bedeutungsvollste Phase in der Geschichte der Möbelindustrie aus gebogenem Holz trat ein, als es Thonet gelang, massive Stäbe durch Anwendung von Streifen aus Eisenblech, das an mehreren Stellen, gewiß aber an beiden Enden durch Schraubenzwängen in feste unverrückbare Verbindung mit dem Stabe gebracht, dahin zu bringen, daß sich der Stab nicht mehr strecken, respektive nur um eine verschwindende Kleinigkeit verlängern konnte. Das in Deutschland wenig bekannte Verfahren sei hier kurz, soweit dies ohne Abbildungen möglich ist, dargestellt.

Ein geradwüchsiger, affreier Rohbuchensammabschnitt wird auf einem Vollgatter zu Pfosten oder Brettern und diese auf Zirkularsägen zu quadratischen Stäben von entsprechender Stärke verschmitten. Der Stab kommt nun auf die Drehbank, welche ihn entweder in durchaus gleiche Stärke, oder in ab- und zunehmender Dicke herausbildet. Der abgedrehte Stab wird in den Dampfraum (Dampfkammer, bestehend aus einzelnen Röhren, in welche das Holz eingelegt wird) gebracht und einige Zeit, ein bis zwei Stunden, je nach der Dicke des Stabes, der Wirkung dicken Wasserdampfes ausgesetzt. Dann wird er aus dem Dampfraum genommen, an die Blechschienen aufgeschraubt, ent-

weber mit oder ohne Zuhilfenahme von Maschinen gebogen und in eine gußeiserne Form eingelegt, dies alles muß das Werk weniger Augenblicke sein. Das Biegen der einzelnen Möbelbestandteile erfolgt mit geringen Ausnahmen mit der Hand, nur Teile, welche von einfacherer Form sind, wie zum Beispiel Stuhlringe, Fußreifen, Tischfüße usw. werden auf Biegemaschinen gebogen. Das Biegen des massiven Holzes erfolgt stets unter Anwendung der Stahlschiene, das heißt das Holz muß mit derselben armiert werden. Die Formen entsprechen selbstverständlich der Gestalt der Möbelteile und sind aus Gußeisen hergestellt.

Unmittelbar nach dem Biegen und Trocknen des Holzes werden die einzelnen Möbelteile der weiteren Bearbeitung unterzogen. Als Beispiel sei hier die Herstellung eines runden Stuhlringes hervorgehoben. Nachdem er mit seiner Biegeform nach zwei Tagen die auf 50 bis 60 Grad Reaumur geheizte Trockenkammer verlassen hat, wird er aus seiner Biegeform genommen und neuerdings mit einem einfachen Verschluß versehen, welcher den Zweck hat, die Enden des Stuhlringes vollständig einander zu nähern. Ist dies geschehen, so gelangt der Stuhiring nochmals in einen Trockenraum, in welchem er 1 bis 3 Tage in einer Temperatur von 30 Grad Reaumur verbleibt. Dann wird dieser Verschluß abgenommen und der Stuhiring auf das bestimmte Maß geschnitten, um den richtigen Durchmesser zu erhalten. Nun kommt der Stuhiring auf eine Zylindersäge, dort wird von jedem Ende ein Teil zylindrisch abgeschnitten, damit an dieser Stelle der Stuhlschlußbacken angeleimt werden kann, wodurch eine höchst solide Verbindung der Enden des Stuhlringes erzielt wird. Auf diese Weise ist ein stumpfer Schluß erreicht.

Der Stuhiring ist völlig kreisrund und der Schlußbacken sichert den Ring vor dem Aufspringen. Hierauf werden zwei Backen an den Stuhiring aufgelegt, welche dazu bestimmt sind, an jenen Stellen eine Verstärkung hervorzubringen, an welchen die Böcher für die Zapfen der Vorderfüße gebohrt werden sollen. Jetzt erst gelangt der Stuhiring auf eine Trommel, auf welcher er entsprechend abgedreht und profiliert wird; dann wird derselbe auf eine selbsttätig wirkende Bohrmaschine gebracht, welche jene nahe an dem Umfang des Stuhlringes erforderlichen Bohrlöcher ausführt, in welche das Stuhlrohr eingezogen und mit welchem der Sitz eingeflochten wird.

Es werden jedoch jetzt vielfach anstatt dem Rohgeflecht Sitze und Rücklehnen teils aus perforierten, teils aus gepreßten Holzblättern hergestellt. Diese aus drei kreuzweise übereinander verleimten Furnieren hergestellten Sitze sind weit dauerhafter, als die aus Rohgeflecht hergestellten und besitzen nicht nur eine außerordentliche Haltbarkeit, sie bekommen auch durch Pressungen, Brandtechnit usw. ein sehr hübsches Aussehen.

Die weiteren Vollendungsarbeiten an den Möbelteilen sind: das Bearbeiten mit Kaspel, Feile, Ziehlinge und Glaspapier, das Zusammensetzen mit anderen Teilen, endlich das Beizen und Polieren derselben. Die in dieser Industrie zur Verwendung gelangenden Maschinen sind folgende: Apparat zum Fräsen runder und ovaler Sitze, Drehbank für Stuhlfüße, doppelte Poliermaschine für Reifen, Bandschleifmaschine, Brandstempelmaschine, Langlochbohrmaschine, kombiniert mit Vockfräse, Sitzpumpe, Sprossenpoliermaschine, Sitzbiegemaschine, Bohr- und Schraubmaschine mit biegsamer Welle und die Reifendurchzugmaschine.

Zur Hege gegen die Krankentassenverwaltungen.

1. Es ist allgemein bekannt, mit welchen Mitteln seit Jahren gegen diejenigen Kassenverwaltungen gekämpft wird, in denen die Arbeiter die Mehrheit im Vorstand bilden. Daß diese Kampfweise nur von dem Haß gegen die ganze Sozialgesetzgebung diktiert ist, dürfte auch jedem einseitigen Sozialpolitiker klar sein. Während man sich früher darauf beschränkte, einzelne Fälle von sozialdemokratischer Mißwirtschaft in dieser oder jener Kasse zu erfinden, um so den betreffenden Vorständen etwas am Zeuge zu flicken, ist man heute dazu übergegangen, ganz allgemein den Kassenvorständen, in denen Arbeiter die Mehrheit stellen, nachzusagen, daß sie ohne Rücksicht auf ihre eigentliche Aufgabe bestrebt sind, die Kassenorganisation zu Dingen zu benutzen, die nicht zu den Aufgaben der Krankentassen gehören.

Auf diesen Ton ist auch ein Artikel gestimmt, den die „Fachzeitung“ der Tischlermeister und Holzindustrie in ihrer Nummer vom 30. August bringt. Das sehr ehrenwerte Scharfmacherorgan schreibt:

„Daß es in Bezug auf die Krankentassen so wie bisher nicht weitergehen kann, darüber sind sich ja wohl alle Arbeitgeber nachgerade einig. In sehr vielen Fällen sind die Krankentassen zu Einrichtungen geworden, die neben ihrer eigentlichen Bestimmung, der Versorgung erkrankter Arbeiter, noch ganz andere Zwecke verfolgen, als da sind die Unterbringung verdienster (das heißt um die Partei verdienter) „Genossen“ in einträgliche Stellungen und was damit zusammenhängt. Ja, es fehlt schon nicht an Entwicklungen, die dahin gehen, daß diese außerhalb des eigentlichen Rahmens der Krankentasse liegenden Bestrebungen zum leitenden Prinzip bei der ganzen Einrichtung werden.“

Als einzigen Beweis für diese Verleumdungen der gesamten Arbeitervertreter in den Kassenverwaltungen führt die „Fachzeitung“ den finanziellen Stand der Innungskrankenkasse der Tischlerinnung zu Berlin an. Sie behauptet nach seiner Reichsverbandsmantel, der Vorstand habe diese Kasse in einen verwahten Zustand gebracht, während

feststeht, daß durch die Schuld der Arbeitgeber verhindert wurde, rechtzeitig den Beitrag auf eine angemessene Höhe zu bringen. Mit allen Mitteln haben die Unternehmer seit Jahren gegen jede nur geringe Erhöhung der Beiträge gearbeitet. Es ist also ihrer sozialen Rückständigkeit und Kurzsichtigkeit zuzuschreiben, daß die Kasse nicht inskande war, einen größeren Reserfonds anzufammeln. Erst im letzten Winter, als eine Influenzaepidemie in Berlin allen Klassen riesige Opfer auferlegte, stimmten sie einer kleinen Erhöhung der Beiträge zu. Als sich herausstellte, daß diese Erhöhung nicht ausreichte, beantragten die Arbeitgebervertreter im Vorstand selbst, eine abermalige Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, und wurde einstimmig beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und dieser die Erhöhung zu empfehlen.

Der Innungsvorstand mit Herrn Rahardt an der Spitze ist nun nach der „Fachzeitung“ mit den Arbeitgebervertretern im Vorstand der Kasse nicht einer Meinung. Er richtet aus Anlaß der Generalversammlung ein in der „Fachzeitung“ veröffentlichtes Schreiben an den Vorstand der Kasse, welches von Verleumdungen und Verleumdungen des Vorstandes und der Ärzteschaft geradezu strotzt. Dieses Machwerk lautet:

An den Vorstand der Innungskrankenkasse der Tischlerinnung zu Berlin.

Aus der Tagesordnung der zu Montag den 31. d. M. angesetzten außerordentlichen Generalversammlung der Innungskrankenkasse ersehen wir zu unserem größten Erstaunen, daß sich trotz der vor zwei Monaten erneuten Erhöhung der Kassenbeiträge um 9 Pf. schon wieder eine Beitragserhöhung als notwendig herausstellt.

Der Innungsvorstand vermag diesen beklagenswerten Zustand der Kasse in der Hauptsache nur darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl der Kassenmitglieder die Kasse als Faulfrank und Arbeitslos ausbeuten und die Ärzte mitteilsvoll jeden einzelnen als arbeitsunfähig schreiben.

Auch die beharrliche Weigerung des Kassenvorstandes, eine durchgreifende Kontrolle der großen Anzahl Faulfranker einzuführen, trägt nicht zum wenigsten dazu bei, daß sich unsere, bis vor kurzem so blühende Krankenkasse in einem so verwahten Zustand befindet.

Die wiederholte Erhöhung der Beiträge ist um so beklagenswerter, als wir uns gegenwärtig in einer geschäftlichen Misere befinden, bei welcher es sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer doppelt schwer empfinden, wenn ihnen immer neue Opfer auferlegt werden.

Der Innungsvorstand hält es deswegen für absolut erforderlich, daß der Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben der Kasse nicht nur durch fortgesetzte Erhöhung der Beiträge, sondern vielmehr durch eine vernunftgemäße Herabsetzung der Leistung herbeigeführt wird, zumal letztere in einer Zeit festgelegt wurden, in welcher eine Herrüttung der Kasse, wie wir sie leider gegenwärtig zu verzeichnen haben, nicht vorausgesehen werden konnte.

Die Arbeitgebervertreter werden deshalb in der außerordentlichen Generalversammlung namens und im Auftrag sämtlicher Arbeitgeber unseres Gewerbes den folgenden Antrag stellen:

1. Eine dritte Erhöhung der Beiträge findet nur dann statt, wenn sich der Vorstand der Kasse bereit erklärt, eine durchgreifende scharfe Kontrolle der Kranken durch Anstellung von zwei Arbeitgebern als Krankenkontrolloren vorzunehmen.
2. Wenn mit der Beitragserhöhung eine gleichzeitige Herabsetzung der Leistung stattfindet.
3. Wenn den Ärzten nachdrücklich zu Gemüte geführt wird, daß sie nur wirklich Kranken die Arbeitsunfähigkeit bescheinigen.

Nur in der Annahme dieser unserer Anträge können wir eine allmähliche Konsolidierung unserer Kasse erblicken. Indem wir den verehrlichen Vorstand höflich ersuchen, diese Anträge in der außerordentlichen Generalversammlung mit auf die Tagesordnung zu setzen, zeichnet

Hochachtungsvoll
Der Vorstand der Tischlerinnung zu Berlin.
F. A. C. Rahardt, Obermeister.

Mehr kann man wahrlich nicht von Herrn Rahardt verlangen. Es kann nie und nimmer Aufgabe einer Kassenverwaltung sein, die Tätigkeit der Ärzte in dieser frivolen Weise zu beeinflussen. Auf die in dem Schreiben des Innungsvorstandes den Kassenärzten zugefügte Verleumdung brauchen wir aber an dieser Stelle nicht näher einzugehen, da sich die Herren sicherlich selbst zu verteidigen wissen werden. Das Verlangen, die Leistungen der Kasse herabzusetzen in einer Zeit der Lebensmittelerhöhung, kann nur von der Absicht der Oberscharfmacher diktiert sein, die Arbeiterschaft mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln niederzuhalten. Obendrein ist das ein Unternehmen, das mit der Vertragspolitik der Herren von der „Fachzeitung“ nicht recht in Einklang zu bringen ist. Denn das verstehe wer mag: Sinnlich alles mögliche versprechen, wenn nur die Ruhe im Gewerbe gesichert ist, und hier im selben Atemzug in ganz gehässiger Weise die Vertreter der Arbeiter herunterzuweisen.

Auch die Anstellung von zwei Arbeitgebern zu verlangen, ist Beweis genug, daß man kein Vertrauen zu den Vertretern der Arbeiter hat, und bestrebt ist, eine Herrschaft zur Unterdrückung der Arbeiter in den Innungskassen aufzurichten. Eigentlich haben ja die Innungsgrößen das von Anfang an gewollt, und nur zu diesem Zwecke sind die Innungskassen gegründet. Daß es nun nicht so geht, wie sie wollen, daher die Wut. Nun ruft man nach dem großen Bruder Regierung: Liebe Regierung, mach' unsere ungeratenen

Kinder tot, befördere sie ins Ferseits und schaffe bessere Gesetze, aber halb.

Einmal beim Denunzieren, legt sich die ehrenwerte „Fachszeitung“ auch keine Schranken auf. Gottesfürchtig und dreift behauptet sie, der Holzarbeiterverband suche an Arbeitslosenunterstützung zu sparen, indem er den Arbeitslosen rate, sich nur krank zu melden. Das ist nun doch der Gipfel der Gemeinheit. Ohne nur einen Fall anzuführen, ohne auch den Versuch zu unternehmen, die Behauptung zu beweisen, diese Verleumdung der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Trotzdem die „Fachszeitung“ weiß, daß der Holzarbeiterverband auch Krankenunterstützung zahlt (in Berlin 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 26 Wochen), arbeitet sie mit solchen Vorwürfen nach echter Reichsliedenverbandsmanier. Diese Dinge, erklärt sie, seien Material zur „Reform“ der Versicherungsgesetze. Der Regierung kann nur geraten werden, recht viel solches „Material“ vorzutragen. Die Vertreter der Arbeiterchaft im Parlament werden nicht verfehlen, dieses Material gebührend zu beleuchten und an der Hand desselben zu beweisen, wie es um die vielgeschätzte höhere Intelligenz der Arbeitgeber in Wirklichkeit bestellt ist.

Soziales.

Die Handwerker gegen den Brotpwucher.

Der deutsche Zolltarif, der die Interessen der Agrarier in so einseitiger Weise begünstigt und zu einer Teuerung geführt hat, von welcher insbesondere die Brot- und Getreidepreise in ganz empfindlicher Weise betroffen werden, beginnt allmählich auch die sonst so braven Handwerker rebellisch zu machen. Die Zünftler galten bisher als feste Stützen der konservativen Partei, und sie haben getreulich dazu beigetragen, den Einfluß der Brotpwucherer auf die Gesetzgebung zu erhöhen. Nun beginnt es ihnen aber zu dämmern, was für eine kapitale Dummheit sie begangen haben; sie fangen an, zu begreifen, daß sie bei der agrarischen Zollpolitik die Leidtragenden sind, und sie schreien nach einer Erleichterung des agrarischen Joches; vorerst freilich vergeblich.

Als ein solcher Protest gegen den Brotpwucher ist der nachstehende Antrag anzusehen, welchen die Gewerbekammer Dresden an den kürzlich in Breslau abgehaltenen Handwerks- und Gewerbekammertag richtete: „Der neunte deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag wolle beschließen, den Bundesrat zu ersuchen: Zollfreie Einfuhrscheine in ihrer Verwendbarkeit dahin zu beschränken, daß sie nur bei der Einfuhr der Getreideart, bei deren Ausfuhr in gemahlenem oder ungemahlenem Zustand sie erteilt wurden, in Anrechnung gebracht werden, und daß die Zeit ihrer Gültigkeit von sechs auf drei Monate herabgesetzt wird. Die Ausnahmetarife, die auf deutschen Eisenbahnen für auszuführendes Getreide bestehen, aufzuheben, damit die Getreide- und Brotpreise auf ein erträgliches Maß herabgemindert und ein weiteres Steigen derselben verhütet wird.“

Der Antrag wurde, um das vorwegzunehmen, abgelehnt, und zwar mit 45 gegen 22 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen; aber interessant ist es schon, daß er überhaupt gestellt werden konnte, und daß bei seiner Beratung gepflogenen Debatten entgegen nicht eines pittoresken Reizes. Zum besseren Verständnis sei vorausgeschickt, daß nach dem neuen Zolltarif über ausgeführtes Getreide Scheine ausgestellt werden, die zur zollfreien Einfuhr einer entsprechenden Menge anderen Getreides oder auch sonstiger Waren berechtigen. Von dieser Vergünstigung wird reichlich Gebrauch gemacht. Sogar aus getreidearmen Gegenden wird Brotfrucht ins Ausland geschickt, um den so erlangten Einfuhrschein benutzen die Exporteure, um Lappe, Perseleum oder andere Waren zollfrei einzuführen. Auf diese Weise machen die Zollwucherer ein glänzendes Geschäft, freilich zum Schaden des deutschen Volkes, da durch eine solche Ausfuhr der ohnehin vorhandene Getreidemangel in Deutschland künstlich gesteigert und der Brotpreis entsprechend in die Höhe getrieben wird.

Auf diese Zustände wies der Vertreter der Dresdener Gewerbekammer, Dr. Schönmann, hin und betonte dabei die Schädigungen, die den Handwerkern aus der Erhöhung des Brotpreises erwachsen. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn eine radikale Abkehr von der gegenwärtigen deutschen Zollpolitik oder zum mindesten die Beseitigung der Lebensmittelpöle gefordert worden wäre; wir können es aber verstehen, daß die Handwerker, die auf das gegenwärtige Regime in Deutschland noch hohe Hoffnungen setzen, nicht wagen, an den Grundlagen dieses Regierungssystems zu rütteln. Jedoch fanden selbst die bescheidenen Wünsche der Dresdener Handwerkskammer nicht einmal die Zustimmung der Handwerksvertreter. In erster Linie ist dieses Resultat den parlamentarischen Vertretern der Handwerker zu danken. Der konservative Abgeordnete Malzewitz und der Zenträmmerer Fr. I. offenbarten ein außerordentliches Mitleid, nicht etwa mit dem Handwerkerstand, sondern mit den Agrariern, die es so großartig verstehen, aus der Haut der übrigen Bevölkerungsklassen Riemen zu schneiden.

Der Abgeordnete Malzewitz-Stettin beschränkte mit Recht, daß die Annahme des Dresdener Antrags bei seinen lieben Freunden, den Agrariern, böses Blut machen würde, er empfahl deshalb, den Antrag abzulehnen und die ganze Frage im Verein mit dem Landwirtschaftsrat zu regeln; das heißt mit anderen Worten, den Teufel bei seiner Großmutter verlagern. Herr Malzewitz vermied es zwar, den tieferen Sinn seines Antrages deutlich auszusprechen, dagegen machte der bayerische Zenträmmerer Fr. I., der entschieden für hohe Getreidepreise eintrat, kein Geheimnis daraus, daß bei Annahme

des Antrags Malzewitz die ganze Aktion ausgehen werde wie das Hornberger Schießen. Das ist zweifellos richtig, und deshalb hat es keinerlei praktische Bedeutung, daß nach Ablehnung des Dresdener Antrags der Antrag Malzewitz mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde.

Ganz bedeutungslos ist aber dieser Vorgang auf dem Handwerks- und Gewerbekammertag nicht. Er hat bewiesen, daß die festesten Stützen der agrarischen Wucherpolitik zu wanken beginnen. Selbstverständlich denken die braven Innungsmänner nicht daran, zu revoltieren, und selbst die beiden Bäckermeister aus Chemnitz und Augsburg, die sich mit sehr entschiedenen Worten gegen den agrarischen Unfug wandten, der es fertig bringt, deutsches Getreide im Ausland billiger zu verkaufen als bei uns, würden auf das energischste protestieren, wenn man ihren Patriotismus in Zweifel ziehen wollte. Für unsere Machthaber wird aber der Dresdener Antrag auf dem Handwerks- und Gewerbekammertag, trotzdem er abgelehnt wurde, eine Mahnung sein, den Bogen nicht zu überspannen. So ganz gleichgültig kann es der Regierung doch nicht sein, wenn sich sogar bei den zuverlässigsten Staatsstützen die Milch der frommen Denkungsart in gärenden Drachenblut zu verwandeln beginnt.

Ein Fortbildungsgesetz beabsichtigt die preussische Regierung dem Landtag vorzulegen. Nach demselben sollen alle Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern zur Erziehung und Unterhaltung einer obligatorischen Fortbildungsschule verpflichtet sein. Zum Besuch der Schule sollen alle in gewerblichen oder kaufmännischen Betrieben beschäftigten männlichen Arbeiter unter 18 Jahren drei Jahre lang angehalten werden. Für den Unterricht sind in Jahre 240 Stunden in Aussicht genommen, die sich in der Regel auf 40 Wochen verteilen.

Eine Erhöhung der Löhning der Soldaten soll im nächsten Herbst vom Reichstag gefordert werden. Wie die „Vossische Zeitung“ aus sicherer Quelle erfährt, dürfte es sich dabei um eine Zulage von 8 Pf. für den Tag handeln, wodurch Mehrausgaben für den Heeresetat von jährlich 15 Millionen entstehen. Außerdem soll in Zukunft den Mannschaften auch das bisher von ihnen beschaffte Putzzeug kostenfrei geliefert werden.

Wenn sich diese Nachricht bewahrheitet, dann wäre sie im Interesse vieler junger Arbeiter, die im „vornehmsten Noth“ buchstäblich Hunger leiden müssen, sehr zu begrüßen. Nicht uninteressant ist übrigens, daß ein solcher Antrag, der im letzten Frühjahr von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Budgetkommission gestellt wurde, dort keine Zustimmung fand.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Oktober: Gehingen, 5 Pf., Schleusingen 5 Pf., Zuffenhausen 30 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 37. Wochenbeitrag für die Woche vom 6. bis 12. September fällig geworden.

Das Jahrbuch 1907 ist im Laufe der vergangenen Woche an die Zahlstellen versandt. Wie im Vorjahr, ist das Jahrbuch gebunden und broschiert herausgegeben. Die Herstellungskosten für ein broschiertes Exemplar betragen 75 Pf. Zu diesem Preise können die Mitglieder das Jahrbuch beziehen, und bitten wir Bestellungen bei den Zahlstellenverwaltungen baldigst aufzugeben. Das gebundene Exemplar wird gleichfalls zum Selbstkostenpreis von 1,20 Mk. abgegeben.

Für Nichtmitglieder beträgt der Verbandspreis für das broschierte Exemplar 2 Mk., für das gebundene Exemplar 2,50 Mk.

Mit den Bestellungen des Protokolls vom Verbandstag in Stettin sind noch eine große Anzahl Zahlstellen im Rückstand, und bitten wir, baldigst zu bestellen, damit der Versand nicht verzögert wird. Der Preis beträgt 20 Pf. pro Exemplar. Bei der Wichtigkeit der Verhandlungen in Stettin, die im Protokoll ausführlich wiedergegeben werden, erwarten wir von jedem Mitglied auch die Anschaffung desselben. Der Preis ist deshalb auch so niedrig bemessen worden.

Die Unterstützungszuschauer unseres Verbandes werden auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, die ausgehaktten Unterstühtungen in die Mitgliedsbücher der Unterstützungsempfänger einzutragen. Insbesondere ist auch darauf zu achten, daß die Unterstühtungen in die dafür bestimmten Rubriken eingetragen werden, da sonst die Gefahr besteht, daß der Verband zu Schaden kommt.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiernit für ungültig erklärt: 150012 Franz Schwab, Drechler, geb. 30. 7. 85 zu Friesen. 881808 Josef Ott, Maschinenarbeiter, geb. 19. 4. 79 zu Ulm. 899911 Eberhard Gahn, Tischler, geb. 16. 8. 90 zu Segnabrunn. 418213 Karl Theuer, Tischler, geb. 11. 2. 90 zu Breslau. Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Bautzen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt! Diese Erfahrung hat schon mancher Kollege machen müssen, welcher sich durch die vielen Annoncen der Firma Hermann Schmidt & Sohn verleiten ließ, hier in Arbeit zu treten. Die Verhältnisse lassen schon im allgemeinen zu wünschen übrig, aber bei der genannten Firma spotten sie jeder Beschreibung.

Werkzeug ist wenig vorhanden und das vorhandene in mangelhaftem Zustande. Will ein Kollege eine Arbeit für den vom Chef festgesetzten Preis nicht machen, so heißt es einfach, wenn's nicht paßt, kann ja gehen; oder wenn ein Kollege mit dem Lohn nicht auskommt, heißt es, er ist faul gewesen oder gar, er hat es absichtlich getan. Es kommt tatsächlich vor, daß für ein und dasselbe Muster zweierlei Preise gezahlt werden. Infolge mangelhafter Aufträge sind vor kurzer Zeit eine Anzahl Leute entlassen worden. Die übrigen werden gehörig schikantert. Besonders scheint Herr Schmidt den Fabrikausschuß ins Herz geschlossen zu haben, indem er selbigen für alles verantwortlich machen will. Als sich vor kurzem einige junge Leute Montags in der oberen Werkstatt, wo sich kein Ausschußmitglied befindet, einen harmlosen Spaß erlaubt hatten, ließ er den Ausschuß ins Kantor kommen. Ein altes Ausschußmitglied, welches schon lange Jahre im Geschäft tätig ist, wurde zur Rede gestellt und nach kurzem Wortwechsel entlassen. Von sanitären und hygienischen Einrichtungen ist in diesem Betriebe wenig, fast gar nichts zu merken. Jede Ventilation fehlt. Erlaubt sich ein Arbeiter ein Fenster zu öffnen, wenn es draußen feucht ist, dann heißt es, die Temperatur müßt ihr aushalten. Wir sind aber anderer Meinung. In einem regulären Betrieb sind doch andere Verhältnisse. Zum Beispiel ein Trockenraum und nicht, daß das Holz während der Arbeitszeit in der Werkstatt trocken muß. Ein anderes Übel ist der Abort, der finster und schmutzig ist und für 50 ja auch 60 bis 70 Arbeiter ausreichen muß. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Gewerbeinspektion um derartige Sachen kümmern würde. Wir können Herrn Otto Schmidt nur raten, künftighin den Ratschlägen des Werkstattausschusses etwas mehr Beachtung zu schenken. Den bei dieser Firma beschäftigten Kollegen wäre zu empfehlen, daß sie ihre Engbrichtigkeit beiseite legen und sich nicht einschüchtern lassen. Haltet nach wie vor fest und treu zur Organisation.

Colmar i. Elsaß. Wie in so vielen anderen Städten, so macht sich auch hier die Abnahme der Bautätigkeit recht unangenehm bemerkbar. Die Folge davon ist hier eine große Unsicherheit in der Arbeitsgelegenheit der Bauarbeiter. Am Orte sind einige große Baugeschäfte, welche über größere Werkstätten verfügen. Gelingt es nun solchen Unternehmern, eine größere Arbeit, ob für den Platz selbst oder für auswärts zu übernehmen, so werden schnell einige Duzend Bauarbeiter eingestellt, die Arbeit in unglaublich kurzer Zeit zusammengehauen, und dann steigt der größte Teil der Arbeiter wieder aufs Pflaster. Recht bedauerlicherweise ziehen aus diesen Zuständen unsere Bauarbeiter nicht die richtigen Lehren. Vielmehr versucht jeder durch größte Kraftentwicklung und Fleiß, gewöhnlich aber auch durch größte Demütigkeit und Unterwürfigkeit sich dem Schicksal des Entlassens zu entziehen. Daß dabei dem Unternehmer der Kamm schmilzt, bedarf ja keiner weiteren Erklärung. Dieses muß auch der Arbeiter nur zu oft erfahren. Am allerwenigsten kümmern sich die Unternehmer um die Zahlung der tariflich festgelegten Löhne. Bedauerlicherweise sehen die Arbeiter solchem Treiben keinen größeren Widerstand entgegen. So sinken die Löhne ohne Aufsehalten. Laut Arbeitsvertrag ist bei Akkordarbeit der Tagelohn garantiert. Wo aber dieser nicht bezahlt wird, greifen die Kollegen nicht zu dem zu Gebote stehenden Mittel, zur Klage am Gewerbegericht, vor welchem der Vertrag geschlossen wurde. Würde in einigen Fällen der Tarifbruch der Unternehmer vor dem Gewerbegericht festgenagelt und die Zahlung der vertraglichen Löhne erzwungen, so würden die Unternehmer sehr bald fühlen, daß sie genötigt seien, die Vereinbarungen zu erfüllen, und dieses dann auch tun, ohne weiter eingeklagt zu werden. Die Colmarer Kollegen sollten doch erkennen, daß sie mit ihrer Leisetreterei nur ihre Lage noch weiter verschlechtern. In den Möbelwerkstätten liegen die Verhältnisse etwas besser, doch könnte es auch dort vermieden werden, daß den jüngeren Kollegen so geringe Löhne bezahlt werden. Kam es doch im größten Geschäft schon vor, daß einem Kollegen dreimal nach einander ein einzelnes Nachtstückchen in Arbeit gegeben wurde, dann auch noch nach Belieben im Preis herab eingeschrieben wurde, der dem Arbeiter nicht möglich, auch nur annähernd seinen Tagelohn zu verdienen. Ihr Kollegen von Colmar, rafft euch auf aus dieser Gleichgültigkeit und unwürdigen Leisetreterei, macht Gebrauch von euren auch tariflich zustehenden Rechten. Vor allen Dingen besucht die Versammlungen besser und zieht die trägen und lässigen Kollegen zum Versammlungsbesuch mit heran. Bauet jetzt euren Mitgliederstand auf, damit ihr in Zeiten des Kampfes nicht mit einer Reihe unorganisierter Kollegen zu rechnen habt.

Corbetta. (Korbarbeiter.) Vereinte Kraft führt leicht zum Ziel! Dessen sollten sich auch die uns noch fernstehenden Kollegen bewusst werden, haben wir es doch vor zwei Jahren gesehen, wo wir hier zu 90 Prozent organisiert waren, daß wir ohne jeden Kampf 15 bis 18 Prozent Zulage und 6 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche erlangten. War dieses nicht ein schöner Erfolg? Leider scheint das der größte Teil der Jangenbergischen und Alckermannschen Kollegen vergessen zu haben, sonst würden sie uns jetzt nicht so indifferent gegenüberstehen, und statt daß sie ihre Beiträge zahlen, sich in Krieger- und anderen Klimbimvereinen wohl fühlen, trotzdem die Löhne für immer noch auf niedriger Stufe stehen. Beträgt doch der Durchschnittsverdienst nur 15 bis 16 Mk. pro Woche im Akkord. Darum, Kollegen, rufen wir euch zu, werft diese Gleichgültigkeit von euch, laßt alles Persönliche beiseite und tretet dem Deutschen Holzarbeiterverbande bei, denn nur durch eine straffe Organisation sind wir fähig, unsere Lage zu verbessern. Unsere Mitgliederversammlungen finden regelmäßig Sonnabends nach dem 15. jeden Monats statt. Reiseunterstützung wird beim Kassierer Otto Eckardt, Griebendorf-Corbetta, ausbezahlt.

Frankfurt a. M. (Korbarbeiter.) In unserer letzten Versammlung beschäftigten wir uns unter anderem mit dem Streit der Delmenhorster Korbarbeiter, wobei bedauert wurde, daß es mit der Entgeltlichkeit und der Solidarität dort sehr schlecht bestellt war. Zweckmäßig wäre es gewesen, wenn sich die Kollegen schon vor dem Streit mit sämtlichen Sektionsleitern verständigt hätten, damit man den Abwesenden die offenen Stellen hätte bekannt geben können. Verschiedene Kollegen sprachen ihre Vermunderung darüber aus, daß die Breslauer sowie die Delmenhorster Kollegen in ihren

letzten Artikeln nicht zu der Korftarbeiterkonferenz Stellung genommen haben. Wir vermuten, daß, solange sich nicht sämtliche organisierte Korftarbeiter für die Konferenz ausgesprochen, uns vor Hauptvorstand kein bestimmter Bescheid, wann und wo die Konferenz stattfinden soll, gegeben wird. Wir wollen aber gerne wissen, wie es eigentlich damit steht. Sogar die „Korfindustriezeitung“ bespöttelt es, daß aus der Korftarbeiterkonferenz, welche an Pfingsten stattfinden sollte, nichts geworden ist, und wie sie weiter schreibt, auch nichts werden wird, weil die Korftarbeiter nicht so beschränkt sind, die Konferenz zu besuchen. (Die Einberufung der Konferenz auf Pfingsten war eine ureigene Erfindung der „Korfindustriezeitung“. Den lahmen Bemerkungen, die dieses Organ für unfreiwilligen Humor sonst zu der Sache macht, brauchen auch die Korftarbeiter nicht mehr Bedeutung beizumessen, als sie verdienen. Redaktion.) — Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Kollegen vor einem gewissen Florian Freitag aus Joachimsthal warnen, der sich hier durch Denunziationen sehr unliebsam bemerklich gemacht hat und nun beabsichtigt, sein Tätigkeitsgebiet wo anders hin zu verlegen.

Jährh. (Stellmacher.) Die Lage der Stellmacher ist in Deutschland allerorts keine rosig. Wie schon öfters betont werden mußte, liegt dies an ihrer Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber. Betrachten wir alle anderen Berufe, war ihre ursprüngliche Lage eine bessere? Genau dieselben Gründe konnten angeführt werden, wie sie heute von den Stellmachern der Organisation gegenüber ins Feld geführt werden. Mit dem ewigen Entschuldigen war aber die Lage dieser Kollegen nicht zu verbessern, was von diesen allerdings eher als von den Stellmachern eingesehen wurde. Heute stehen alle diese Berufe auf der Höhe der Zeit. Woran lag das? Nun, es haben sich in diesen Berufen eben Männer gefunden, denen es mit der Verbesserung ihrer Lebenslage ernst war. Die sich sagten, wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben. Das ist aber anders bei den Stellmachern, an deren Augen die vorwärtsdrängende gewaltige Bewegung der Arbeiterklasse bis jetzt spurlos vorüberging. Oder ist es anders zu nennen, wenn in einer Arbeiterstadt wie Jährh die Stellmacher noch 62 bis 63 Stunden wöchentlich bei einem Lohn von 29 bis 36 Pf. die Stunde außerordentlich schwerer und intensiver Arbeit schaffen müssen, in einigen Fällen sogar noch in Kost und Logis beim Krauter stehen um wöchentlich 6 bis 7 Mk., wo von einer geregelten Arbeitszeit überhaupt keine Rede ist. Dagegen aber ist kein organisierter Beruf am Orte, der länger als 57 Stunden wöchentlich arbeitet und nicht unter 40 Pf. die Stunde, ganz zu schweigen von den übrigen Menschenunwürdigkeiten der Stellmacher am Orte. Nun wird man fragen, woher diese Rückständigkeit der Stellmacher in Jährh? Erhalten denn diese Kollegen keine Anregung seitens der dortigen Ortsverwaltung zur Organisation? Oder läßt es sich die Verwaltung nicht genug angelegen sein, um diese Kollegen zu wecken? Keine von all den Fragen ist zutreffend. Es gibt wohl kein Mittel, das unversucht blieb, um diese Kollegen in ihrem eigenen Interesse der Organisation zuzuführen, jedoch immer ohne Erfolg. Die Kollegen mögen nicht organisiert sein. Sie wollen ihr Sklavenleben weiterführen. Sie wollen nicht frei und unabhängig sein wie andere Arbeiter. Sie wollen sich keinen eigenen Haushalt gründen, und wenn schon, so muß eben die Familie hungern. Oder es muß dem erlernten Beruf Walet gesagt werden, weil die eigene Gleichgültigkeit dazu beitrug, daß dies Gewerbe seinen Mann nicht ernährt. Sie sind zu apathisch, um sich darüber Gedanken zu machen. Wieder die paar Notizblätter den nutzlosen Klimbtinvereinen hingeworfen, statt sie in der Organisation anzulegen, um später hundertfältige Zinsen dafür einzuheimen, das ist das Charakteristikum unserer hiesigen Stellmacher. Ob das mal anders wird? Fast möchte man daran zweifeln. Gerade im jetzigen Moment könnten sich die hiesigen Stellmacher wieder ein Beispiel nehmen an dem Erfolg, den die hiesigen Bau-schreiner errungen. Dieser Erfolg war aber eine Folge der guten Organisation der Bau-schreiner, die zu 100 Prozent am Orte organisiert sind. Daran, Stellmacher, nehmt euch ein Beispiel! Dem Verbands, der heute etwa 150000 Mitglieder zählt, ist es sicherlich nicht um die paar Stellmacher und deren wenige Pfennige zu tun, aber in eurem eigenen Interesse liegt es, daß ihr dem Verbands als Mitglieder beitretet. Betrachtet euch wie Männer, die das traurige Los der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen erkannt haben und die in Konsequenz dessen kein Opfer und keine Mittel scheuen, um für sich und ihre Familien eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Auch ihr Stellmacher habt diesen Kampf zu führen, auch ihr müßt ein Interesse daran haben, auf dem erlernten Beruf euch redlich ernähren zu können, dazu aber habt ihr die Organisation notwendig. Deshalb bekennt euch auf euch selbst und werdet Mann für Mann Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Hersfeld, Bezirk Cassel. Die Verhältnisse in Hersfeld sind für die Holzarbeiter sehr ungünstig. Die Arbeitslöhne für Schreiner stehen noch auf 15 bis 21 Mk., obgleich die Preise für Lebensmittel fast so hoch sind wie in den Großstädten. Trotz alledem aber stehen uns die Mehrzahl der Kollegen noch fern. Namentlich aber die verheirateten sind schwer zu bewegen, sich zu organisieren. Seit mehreren Jahren schon wurde hier von der Zahlstelle Cassel aus agitiert und Versammlungen veranstaltet, zur Gründung einer Zahlstelle konnte man aber noch nicht schreiten, weil eben immer wieder die gewonnenen Mitglieder abreißen und ein Stamm von verheirateten Mitgliedern fehlte. Augenblicklich sind wieder zwanzig Mitglieder hier und der Zahlstelle Cassel angegliedert. Wir bitten alle durchreisenden Kollegen, falls sie in Hersfeld Arbeit annehmen wollen, sich bei unserem Vertrauensmann Kollegen August Wab, Peters-tor 11, zu melden. Den Hersfelder Holzarbeitern aber möchten wir auch hierdurch nochmals zurufen: Wartet nicht länger mehr, bis euch die Meister etwas zulegen, sondern schließt euch unserem Verbands an, dann wird es auch wohl möglich sein, in Hersfeld bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Lauterberg a. Harz. Die erste Lat. Raum haben die Vereinigten Möbelfabriken Germania in Lauterberg das Licht der Welt erblickt, so machen sie auch in wenig rühmlicher Weise von sich hören. Die erste offizielle Bekanntmachung nach dem Wechsel der Verhältnisse, die den Arbeitern wurde, war folgender Ulaß:

Bekanntmachung!
Infolge des überaus schlechten Geschäftsganges und der seither erfolglos gebliebenen Bemühungen, belangreiche Aufträge zu erhalten, waren die früheren Firmeninhaber und ist die jetzige Aktiengesellschaft genötigt, einige Arbeiter zu entlassen. Sollte das Geschäft bis zum Oktober nicht besser werden, dann wird die Gesellschaft zu ihrem größten Bedauern gezwungen sein, noch zahlreiche weitere Entlassungen vorzunehmen. Wir erklären jedoch ausdrücklich, daß kein Arbeiter gekündigt wird, welcher im vorigen Jahre während des Streiks, beziehungsweise der Aussperrung in den verschiedenen Betrieben weiter arbeitete, es sei denn, daß hierzu in einzelnen Fällen zwingende Gründe vorlägen. Wir halten es sogar für unsere Pflicht, den damaligen Arbeitswilligen möglichst volle Beschäftigung zu gewähren, um uns denselben in der jetzigen schweren Zeit gewissermaßen dafür dankbar zu erweisen. Wir werden selbstverständlich im eigensten Interesse eifrigt bemüht sein, Aufträge zu erhalten, halten es aber für angebracht, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die vorjährigen Arbeitswilligen in erster Linie von der Gesellschaft berücksichtigt werden.
Bad Lauterberg i. Harz, den 26. August 1908.

Vereinigte Möbelfabriken „Germania“ A.-G.
Wenige Tage vorher hatte schon Herr Hillegeist, der immer, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht, den Ehrgeiz hat, als Sturmbock zu dienen, ein ähnliches Laborat vor sich gegeben. Ein plumperer Versuch, die Arbeiterschaft gegeneinander zu hegen, um nach der Regel „Teile und herrsche“ verfahren zu können, ist uns seit langem nicht begegnet. Der Gedanke, daß jetzt ein Teil der Lauterberger Arbeiter durch Feiern gestraft werden soll, weil im Vorjahre deren Arbeitgeber die Gewogenheit hatten, sie viele Wochen auszusperrn, ist zu grotesk. Auch der dümmste Simpel muß einsehen, daß die Lauterberger Fabrikanten nichts zu tun haben und deshalb zu der Betriebs Einschränkung greifen müssen. Wenn alle Arbeiter im Vorjahre „arbeitswillig“ gewesen wären, flüge doch ein Teil aufs Pfahler. Daß das gänzlich vermieden wird und von den Kollegen auch welche fliegen, ist so wie so nicht ausgeschlossen, da die Herren sich „Ausnahmen aus zwingenden Gründen“ vorbehalten haben. Der Versuch, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben, wird nur Erfolg haben, wenn die Arbeiter selbst feige sind. Was sie dann zu gewärtigen haben, beweist die Vergangenheit. Wie Hunde hat man auch behandelt, ihr Lauterberger. Heute hat der größere Teil der Arbeiter ja die Lehre aus den damaligen Zuständen gezogen und sich der Organisation angeschlossen. Wögen die bisher indifferenten Kollegen von den Fabrikanten lernen und sich auch dem Holzarbeiterverband anschließen. All die persönlichen Freundschaftsgefühle, die hier und da in den Fabriken noch eine Rolle spielen, fallen in Zukunft ja fort und kommen jetzt mehr denn je die Grundzüge der Rentabilität des Geschäfts in Frage. Es dürfte deshalb auch das in einzelnen Fabriken gelübte System der Bevorzugung des einzelnen in Zukunft fortfallen. Aufgabe der organisierten Kollegen wird es jetzt sein, die Indifferenten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen, damit wir allen Zufällen gewachsen sind. Also an die Arbeit, Kollegen!

Schmalthalen. Die Verhältnisse lassen hier viel zu wünschen übrig. Bei der Firma Emil Blum geht es besonders toll her. Die Werkstatt dient zugleich als Hühner- und Entenstall, wobei es an einem Geruch nicht fehlt. Die Gehilfen können nicht genug schaffen, und es wird ihnen vom Meister vorgeworfen: Ihr verdient ja die 35 Pf. nicht einmal, die euch bezahlt werden. Die Arbeitszeit währt noch 11 bis 12 Stunden und manchmal noch länger. Der Sohn des Unternehmers spielt den Aufpasser und Antreiber, welche Frechheit sich der Knabe erlaubt, ist gar nicht zu beschreiben. Den Gehilfen ist alle Selbständigkeit geraubt, denn Herr Blum läßt Holz zureichten, ohne daß die Gehilfen wissen, was es eigentlich werden soll, um damit die Arbeiter kommandieren zu können. Auch um die Familienangelegenheiten seiner Arbeiter zu kümmern, besümmert sich Herr Blum nicht, dessen Nähe es, wenn er sich mehr um seinen Sohn kümmerte, um dem Jungen seine raffinierte Frechheit auszutreiben. Die Werkstatt ist ja bei den Kollegen von Schmalthalen und Umgebung verrufen, und sie wird möglichst gemieden, aber den auswärtsigen Kollegen raten wir, das Umschauen in den Werkstätten zu unterlassen und sich erst bei der Sozialverwaltung zu erkundigen. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu, besucht die Versammlungen besser, denn nur durch einiges Zusammenstehen können wir die schlechten Verhältnisse beseitigen. Laßt die Uneinigkeit fallen und seid stark und vereint, dann ist es auch ein leichtes, eure Forderungen geltend zu machen. Frisch und munter ans Werk!

Wittenberge. Unsere letzte Mitgliederversammlung war wieder sehr schlecht besucht. Es ist doch beschämend für die Kollegen, daß sie allerhand Klimbtin mitmachen, aber ihre wichtigsten Interessen zu vertreten, selbst etwas mitzuarbeiten an der Verbesserung der hiesigen Verhältnisse, fällt keinem ein. Bei jeder Gelegenheit über die Sozialverwaltung herziehen, scheinen sich viele Kollegen als Aufgabe gemacht zu haben. Auch Persönlichkeiten spielen hier die größte Rolle. Kollegen, solche Sachen müssen verschwinden und die Beteiligung an der ganzen Sache muß größer werden, sonst können wir noch lange nicht daran denken, hier am Orte bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Jeder einzelne Kollege muß nach Kräften mitarbeiten und nicht alles auf die Schultern der Sozialverwaltung schieben, dann werden wir auch vorwärts kommen. Den reisenden Kollegen möchten wir noch zur Pflicht machen, das Umschauen zu unterlassen. Unser Arbeitsnachweis befindet sich Chausseestraße Nr. 6 bei Traugott August Schulze.

Unsere Lohnbewegung.

In Hof wurde in der letzten Mitgliederversammlung in Anwesenheit des Gauvorsitzers die Situation eingehend besprochen. Die Frage, ob es in Anbetracht der Zahl der Streikbrecher angebracht wäre, den Streik aufzuheben, wurde gründlich erörtern. Fast alle Streitende traten aber dieser Ansicht energisch entgegen. Es wurde betont, daß die

Arbeitgeber wohl teilweise Ersatz haben, jedoch Arbeitskräfte, von denen sie froh wären, wenn sie dieselben wieder los hätten. Eine Werkstatt ohne Gesellen sieht aber öde aus, darum wird lieber mit den Arbeitswilligen weitergeschuftet. Den Schaden haben viele Unternehmer schon selbst zugestanden, aber ihre Borniertheit läßt es eben nicht zu, mit uns über die Beilegung des Streiks zu unterhandeln. Die Streitenden beschloßen, mit aller Hartnäckigkeit den Streit weiterzuführen, und verpflichteten sich, lieber abzureisen, als in die bedingungslose Arbeitsaufnahme zu willigen. Da nur noch 13 Kollegen in Betracht kommen, von denen wiederum verfloßene Woche 5 auswärts Arbeit erhielten, und zwar bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbands, so ist man zu dem Beschluß gekommen, unter allen Umständen auszuhalten. Wir bitten daher die Kollegen allerorts, uns die Solidarität zu beweisen, indem sie den Zugzug wie zuvor streng fernhalten.

In Mindelheim haben die Gehilfen der Orgelbauanstalt von Schwarzbauer vor kurzer Zeit einen Tarif eingereicht. Es fanden darauf Verhandlungen mit dem Gauvorstand statt behufs gütlicher Beilegung dieser Angelegenheit, die jedoch resultatlos verliefen, worauf am 22. August sämtliche Gehilfen ihre Kündigung einreichten. Unversehens läßt sich Herr Schwarzbauer durch die während gewordenen Schreinermeister zu einer Kraftprobe mit der Organisation drängen; die Meister befürchten nämlich, daß auch sie später ihren Gehilfen Lohnaufbesserungen gewähren müßten. Die Kollegen der Orgelbaubranche werden ersucht, bis auf weiteres genannte Fabrik zu meiden.

In Schnabrück befinden sich die Bildhauer bei der Firma Esler in einem Abwehrstreik. Einem Tischler, welcher versuchte, einen arbeitswilligen Bildhauer zu überreden, wurde gekündigt, worauf sich die beiden anderen Kollegen ebenfalls veranlaßt sahen, ihre Kündigung einzureichen. Herr Esler hatte versucht, bei den Bildhauern die Arbeitszeit wöchentlich um 3 Stunden zu verlängern; als ihm dies nicht gelang, versuchte er es mit Lohnabzügen, so daß endlich die Bildhauer, um sich nicht zu verschlechtern, die Arbeit einstellten. Übrigens herrschen in dieser Werkstelle und hauptsächlich bei den Tischlern Zustände, wie sie nicht schlechter sein können. Auf dem Holzboden befindet sich eine kleine abgetheilte Dachkammer, wo die Kollegen häufig durch Matten gestört werden. Um in diese Kammer zu gelangen, muß man eine elfstufige Leiter hinaufklettern; oben angekommen, befindet sich wieder zwischen herumliegenden Holzstücken und Gerümpel eine stets aufstehende Luke, wo bei Dunkelheit leicht einer hinabstürzen kann. Als Waschbecken haben die Kollegen einen Eimer, worin sich 5 Mann waschen. Um in dieser Werkstelle vernünftige Verhältnisse zu schaffen, sahen sich die Kollegen genötigt, sich mit den Bildhauern solidarisch zu erklären. Zugzug ist fernzujahalten.

In Wulsdorf brachte die sechste Aussperrungswoche infolgedessen eine Abwechslung, als die Unternehmer mit Hochdruck arbeiten, um ihre als Hausarbeiter meistens nur im Winter beschäftigten Deckelmacher in die Werkstatt zu bringen. Man will sich so den Anschein geben, als hätte man die Bude voll. Die Aussperrten sollen dadurch verleitet werden, nunmehr aus Angst um ihre Plätze hinzuzulaufen, um den Krautern die wohllichst erwünschten Körbe anzufertigen. Bei Barre in Hohlwöde haben sich sechs solcher Leute eingefunden, davon in letzter Woche vier. Natürlich können diese die entlassenen Arbeiter nicht ersetzen. Derselbe Barre soll noch vier Galizier erwarten. Wenn dies zuträfe, würde die Gesellschaft ja recht gemischt werden, und bei der Vorliebe des Herrn Barre für einen guten Tropfen Schnaps kann es dort manchmal recht lustig werden. In den letzten 14 Tagen trafen von auswärts knapp vier Waggons Körbe ein. Der Verbrauch allein der Aussperrenden dürfte in dieser Zeit reichlich neun Waggons betragen haben. Inzwischen ist kein Mittel unversucht geblieben, Arbeit herbeizuschaffen. Die fortlaufende Abnahme der Vorräte strafen die bisherigen Prahlereien lägen, daß die Herren Arbeit genug bekommen können.

Aus der Holzindustrie.

Mehr Agitation!

Mit den beginnenden Herbsttagen tritt die Notwendigkeit an uns heran, die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder mit erhöhter Energie zu betreiben. Die Herbsttage sind ja so recht geeignet, volle, gut besuchte Versammlungen zusammen zu bringen.

Schwer lastet der Zeiten Lauf auf uns. Die herrschende Krise brachte einen Grad von Arbeitslosigkeit, wie sie in der Geschichte unseres Verbandes noch nicht zu verzeichnen war. Laufende und aber Laufende unserer Kollegen haben die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes in Anspruch nehmen müssen. Daß zahlreiche Arbeitgeber diese Verhältnisse für geeignet hielten, Lohnreduktionen vorzunehmen, nimmt nicht wunder. In der Zurückweisung dieser Bestrebungen zeigt sich erst der wahre Wert unserer Organisation. Was wäre wohl aus unserem so mühsam Errungenen geworden, wenn nicht der Verband als treuer Wächter daneben gestanden hätte. Das muß den Kollegen vorgehalten werden; immer und immer wieder muß ihnen gesagt werden, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß zu Zeiten der Krise viel notwendiger ist, als während der Hochkonjunktur. Deshalb, Kollegen, geht jetzt das Ersuchen an euch, mit energischer Agitation einzusetzen. Jede Faser muß angestrengt werden, um für den Verband zu wirken. Jeder soll dabei mithelfen und jeder ist dazu fähig. Alle Instanzen unserer Organisation haben dafür ihre ganze Kraft einzusetzen. Der Vorstand hat Vorbereitungen getroffen, um die Gauvorsitzer beim Arrangement von Versammlungen in größeren Orten durch Zuweisung fremder Referenten zu unterstützen. Besondere Sorgfalt ist auf das Arrangement der Versammlungen zu verwenden. Sie sind notwendig, denn sie sollen neue Anregungen bieten, den Mut neu beleben und die Kleinarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder vorbereiten.

In gut vorbereiteter Kleinarbeit liegt der Schlüssel zum Erfolg der Agitation. Die Personen der unorganisierten Kollegen müssen zunächst festgestellt und dann durch intensive Werkstatt- und Hausagitation bearbeitet werden. Wo immer ein unorganisierter Kollege angetroffen wird, im Logis, an der Hobelbank oder im Wirtshaus, überall muß ihm nahegelegt werden, daß seine Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverband notwendig ist.

Kollegen, tue jeder seine Pflicht! Keiner ruhe, ehe er nicht wenigstens ein neues Mitglied gewonnen hat. Bieten wir alle Kräfte auf, um die Lücken in unserer Organisation zu schließen.

Vorwärts, auf der ganzen Front!

Die Konzentration des Kapitals macht neuerdings auch in der Holzindustrie immer weitere Fortschritte. So wurde kürzlich gemeldet, daß die sämtlichen Lauterberger Stuhlfabriken sich unter der Firma: „Ver-einigte Möbelfabriken Germania in Bad Lauterberg“ sich zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen haben. Es sind dies die Firmen Gustav Mennecke, Weiß & Hildebrandt mit einer Zweigfabrik in Kaiserslautern, F. G. Hältenhoff, Hältenhoff & Reider, M. S. Hillegeist, C. Jahn, sämtlich in Bad Lauterberg; ferner Gebrüder Angerstein in Oberthal, Kojahn & Meyer in Barbis, Oberfelder Möbelfabrik, G. m. b. H., in Oberfeld. Das Aktienkapital beträgt 1 000 000 Mk. „Walter von Saxe“ ist der Bankier Latwefen in Hannover. Den Vorstand bilden Gustav Hältenhoff und Emil Mennecke, den Aufsichtsrat Bankier Heinrich Latwefen als Vorsitzender, Fabrikbesitzer Georg Hildebrandt als stellvertretender Vorsitzender, Bankdirektor Albert Schreiber und Fabrikbesitzer August Hältenhoff. Da die Fabrikbesitzer sämtlich für ihre in die Aktiengesellschaft eingebrachten Geschäfte die Aktien selbst übernommen haben und außerdem nur noch der Ofteroder Bankverein, Richter, Uhl & Co. in Ofterode a. G., welcher schon seit vielen Jahren mit der Mehrzahl der Fabrikbesitzer in Geschäftsverbindung steht, sich durch Übernahme von Aktien beteiligt hat, so handelt es sich im großen und ganzen um eine sogenannte „Familiengründung“.

Man erwartet, wie die Württembergische Zeitung schreibt, von der Vereinigung bedeutende wirtschaftliche Vorteile. Unter dem „man“ sind natürlich Fabrikanten zu verstehen, und es mag schon richtig sein, daß nunmehr das gegenseitige Unterbieten aufhört und eine bessere Schöpfung des kaufenden Publikums eintritt. Hoffentlich vergessen die Herren nicht, daß unser Verband dazu die Veranlassung gab, der sie anläßlich der letzten Lohnbewegung zwang, sich gemeinsam an ihre Abnehmer um Erhöhung der Preise zu wenden und ihnen so den Wert des Zusammenschlusses vor Augen führte. Schlechte Mäuler behaupten zwar, daß die Lauterberger Fabrikanten sich nicht zum Vergnügen unter die Vormundschaft auswärtiger Bankiers begeben hätten, und daß die Herren durch den vorjährigen Kampf finanziell so mitgenommen seien, daß die Fusion notwendig war. Das sind natürlich nur schlechtwähler, wir glauben so etwas nicht.

Für unsere Lauterberger Kollegen wird die Wendung der Dinge kaum von Nachteil sein, wenigstens werden voraussichtlich die Vorteile die Nachteile aufwiegen. Der Arbeiterschaft gegenüber waren schon bisher die Herren Fabrikanten einig. Und keinem der Arbeiter, der im Verdacht stand, zu den „Rebellen“ zu gehören und aus einem Betrieb entlassen wurde, gelang es, in einer anderen Fabrik Beschäftigung zu finden. In dieser Beziehung kann also der engere Zusammenschluß der Fabrikation nicht nachteilig für die Kollegen werden. Schlimmer als bisher kann es auch in Zukunft nicht werden. Dagegen dürfte für alle mit den Verhältnissen Vertraute klar sein, daß das neue Werk nur prosperieren kann, wenn es von großzügigen Gesichtspunkten aus geleitet wird. Und daß das geschieht, dafür werden die Aktionäre schon sorgen. Das bedingt in erster Linie die Herstellung eines besseren Fabrikats. Das Renommee der Lauterberger Produktion muß steigen. Man wird nicht seit vielen Jahren veraltete Muster auf den Markt bringen, für die nur durch ihre Willigkeit und Unterbietung ein Absatzgebiet geschaffen werden konnte. Zur Durchführung dieses Programms werden an die technische Leitung und an die Arbeiter größere Ansprüche gestellt werden müssen. Es wird nicht angehen, daß die Lichtigkeit der Werkführer usw. lediglich nach der Fähigkeit, die Arbeiter anzukneipen, beurteilt wird, sie werden neue Muster entwerfen und sich allen modernen Neuerungen anpassen müssen. Endlich wird man auch, wenn ein besseres Fabrikat erzielt werden soll, höhere Löhne anwenden müssen, um einen Stamm wirklich tüchtiger Arbeiter zu erhalten. Es scheint uns, daß man zur Verwirklichung dieser Pläne in der Wahl der Herren Emil Mennecke und Gustav Hältenhoff zu Direktoren eine glückliche Hand gehabt hat.

Die vorstehende Notiz war eben geschickt, als uns Nachrichten zugehen, welche das neue Unternehmen in recht eigenartigem Lichte erscheinen lassen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Korrespondenz aus Lauterberg in der heutigen Nummer.

Die „Fachzeitung“ kann sich über unsere Berichte vom Verbandstag des Arbeiterschutzes und vom Tischler-tag immer noch nicht beruhigen. Wir begreifen ja die Entrüstung gewisser Kreise ob der Dreistigkeit der „Holzarbeiter-Zeitung“, die es wagte, einen Vertreter auf die Tagung der Unternehmer zu schicken, und können es verstehen, daß man in der Redaktion der „Fachzeitung“ das Bestreben hat, durch schnoddrige Redensarten an die Adresse der „Holzarbeiter-Zeitung“ jene Herren zu beruhigen, die nur notgedrungen und um einen Glanz zu vermeiden, sich mit der Zulassung des Arbeitervertreters abgefunden haben.

Die Redaktion der „Fachzeitung“ hat Gefallen daran gefunden, daß wir sie mit einem Schulmeister verglichen haben, der vor lauter Weißheit über die einfachsten Dinge stolpert, und um ihre schulmeisterlichen Fähigkeiten zu beweisen, unternimmt sie es, unsere Berichte und Notizen zu zensurieren. Der Gute, der sich dieser Aufgabe unterzieht, bekommt dabei ordentlich Respekt vor sich selbst; aber dieser Respekt ist sehr einseitig. Wenn sich Karlsen Miesnick auch mit der Willkür des Lehrers auf der Nase und dem Batel in der Hand auf den Katheder stellt, so bleibt er doch Karlsen Miesnick. Man lacht über ihn, aber sein Geschwätz nimmt niemand ernst.

Soviel über das Drum und Dran. — Um aber den Anschein zu erwecken, als sei die Geheimhaltung der Berichte und Abrechnungen der Organisation das selbstverständliche Ding von der Welt, stellt die „Fachzeitung“ die Frage, warum denn der Holzarbeiterverband gewisse Abrechnungen und Zahlenreihen der Öffentlichkeit vorenthält. Was der Schlaule bei seiner Fragestellung im Auge hat, wissen wir nicht, aber wir wollen einen Vorschlag zur Gabe machen. Der Holzarbeiterverband ist bereit, sämtliche Druckfachen mit dem Schutzverband auszutauschen, eventuell könnte dieser Austausch in zwei Exemplaren erfolgen, damit sich auch die „Fachzeitung“ aus erster Hand informieren kann. Wir haben allerdings geringe Hoffnung, daß unser Angebot angenommen wird, denn der Unterschied zwischen den Berichten und Druckfachen der beiden Organisationen ist der, daß unser Verband die Kritik der Öffentlichkeit nicht zu scheuen hat, während der Arbeiterschutzesverband in eine scheußliche Verlegenheit geraten würde, wollte man seinen Tätigkeits- und Kassenbericht weiteren Kreisen zugänglich machen.

Wie erfolglos die Jagd der „Fachzeitung“ nach Unrichtigkeiten in unserem Bericht über die Tagungen der Unternehmer war, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß sie falsche Darstellungen trotz des besten Willens nicht konstatieren kann, sie hält sich nur über unsere Glossen auf. So hatten wir erwähnt, daß das Auftreten der Herren Rahardt und Pauli auf dem Innungstage den Eindruck erweckte, als bestähe eine Rivalität zwischen den beiden Herren, aber hinzugefügt, daß wir es dahingestellt sein lassen, ob sich die beobachteten Vorgänge nicht harmlos erklären. Diese Einschränkung übersteht Karlsen Miesnick, um sich darüber aufzuregen, daß man überhaupt auf den Gedanken einer Rivalität zwischen den beiden Innungsleuten kommt.

Wir nehmen also gebührend davon Akt, daß zwischen den Herren Rahardt und Pauli keine Rivalität besteht. Wenn aber die „Fachzeitung“ auch berichten könnte, daß beide Herren in ihren Ansichten über Vertragstreue ebenfalls übereinstimmen, dann wäre das sehr zu begrüßen. Die Verhandlungen in der öffentlichen Sitzung des Schutzverbandstags haben gezeigt, daß die Bemühungen des Herrn Rahardt, seine Kollegen zu belehren, daß abgeschlossene Verträge auch gehalten werden müssen, bei vielen Meistern, insbesondere auch bei Herrn Pauli, auf einen schlechten Boden gefallen sind. Und wenn sich die Redaktion der „Fachzeitung“ die Vorgänge in der nichtöffentlichen Sitzung vor Augen hält und sich vergegenwärtigt, was dort über die Vertragstreue der Schutzverbandsmitglieder gesprochen wurde, dann sollte ihr doch die Lust vergehen, sich über angebliche Vertragsverletzungen durch die Arbeiter aufzuregen. Eine wirkliche Vertragsverletzung durch den Holzarbeiterverband nachzuweisen, wird der „Fachzeitung“ nicht gelingen.

Recht hat das Unternehmerorgan, wenn es von der Vertragsverletzung durch die Unternehmer als von „ollen Kamellen“ spricht. Viele Unternehmer haben schon von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß sie Verträge mit den Arbeitern nur abschließen, um sie zu verletzen, und sie haben diese ihre Ansicht bis heute nicht geändert. Wir wollen aber hoffen, daß es den Erziehungsmethoden des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Verein mit den freundschaftlichen Ratschlägen einiger, in bezug auf Vertragsdauer anständig denkender Herren aus dem Schutzverband gelingt, diese widerstrebenden Elemente zur ehrlichen Einhaltung der abgeschlossenen Verträge zu veranlassen.

Der ungarländische Holzarbeiterverband hat seinen dritten Verbandstag am 20. und 21. August in Budapest abgehalten. Einen ausführlichen Bericht, den wir Raum-mangels halber zurückstellen mußten, tragen wir in der nächsten Nummer nach.

Neue Vorschriften über den Verkehr mit Zelluloid hat, veranlaßt durch die in letzter Zeit vorgekommenen Brände von Zelluloidfabriken, die österreichische Regierung erlassen. Die Vorschriften enthalten genaue Bestimmungen über die Arbeitsräume, deren Heizung und Lüftung, die Betriebsrichtung, die Lagerräume, die Verkaufsstelle. Der Begriff Zelluloid wird folgendermaßen definiert: Als Zelluloid im Sinne dieser Verordnung sind solche brennbare Stoffe anzusehen, welche aus nitrierter Zellulose oder chemisch ähnlichen Stoffen und aus Kampfer oder anderen Füllmitteln mit oder ohne Farbstoffzusatz bestehen. Unter Zelluloid werden daher auch solche im Handel unter der Bezeichnung „Zellhorn“, „Kylonite“, „matiere plastique“ und dergleichen vorkommende Stoffe verstanden. Gewerbliche Betriebsanlagen, in denen Zelluloid verarbeitet oder gelagert wird, unterliegen der gewerbebehördlichen Genehmigung; und zwar auch dann, wenn die Verarbeitung oder Lagerung in für andere Zwecke bereits gewerbebehördlich genehmigten Lokalitäten stattfinden soll. Ausgenommen hiervon sind nur solche gewerblichen Betriebsanlagen, in denen das Zelluloid nicht durch Erhitzung bearbeitet wird, sofern die innerhalb eines Tages verarbeitete Zelluloidmenge ein Kilogramm nicht übersteigt, ferner solche Lagerräume, in denen gleichzeitig nicht mehr als fünf Kilogramm Zelluloid aufbewahrt werden. Betriebsanlagen, in denen das Zelluloid ohne wesentliche Formveränderung verarbeitet oder verwendet wird (Aufsäbeln von Zelluloidperlen, Einsetzen von Steinen in Gänge und von Brillengläsern in Zelluloidfassungen, Ausschrauben von Schirm- und Stockgriffen, Bemalen von Zelluloidgegenständen und dergleichen), unterliegen der gewerbebehördlichen Genehmigung, wenn die innerhalb eines Tages verarbeitete oder verwendete Zelluloidmenge fünf Kilogramm übersteigt. Übertretungen dieser Verordnung werden, soweit nicht die Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes oder der Gewerbeordnung zur Anwendung gelangen, von der politischen Bezirksbehörde mit Geldstrafen bis 200 Kronen oder im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arreststrafen in der Dauer bis zu 14 Tagen geahndet. Die Durchführung der in bestehenden Anlagen auf Grund der vorstehenden Vorschriften notwendigen Einrichtungen hat bis längstens 1. März 1909 zu erfolgen.

Diese Vorschriften bedeuten zweifellos einen bedeutenden Fortschritt. Sie gewähren nicht nur eine größere Feuer-sicherheit in den Fabriken, sondern sind auch geeignet, die Heimarbeit in der Zelluloidindustrie einzudämmen oder sie ganz zum Verschwinden zu bringen. Von einer ähnlichen Verordnung für Deutschland hat man leider bisher nichts gehört, obwohl ein Bedürfnis dafür — wir erinnern nur an

das große Brandunglück in Geipolshelm i. Gf. im vorigen Jahre — gewiß vorliegt.

Rheinische Pianofortefabriken Akt.-Ges. vormals C. Mand in Coblenz. Die Gesellschaft, die erst im Jahre 1907 gegründet wurde und die die Fabriken von C. Mand und von Knauf & Co., G. m. b. H., in Coblenz erworben hat, beruft auf den 15. September eine Generalversammlung ein, auf deren Tagesordnung unter anderem steht: Erhöhung des Aktienkapitals und Aufnahme einer Hypothek. Das jetzige Kapital beträgt 1 Million Mark, die Hypothekenslast 265 824 Mk.

Weißtischfabrik vormals Johann Faber in Nürnberg. Der Rechnungsabschluss für 1907/08 ergibt 901 360 (im Vorjahr 873 027) Mk. Rohgewinn; nach den üblichen Abschreibungen verbleiben 605 519 (608 835) Mk. Reingewinn, denen 64 399 (57 652) Mk. Gewinnvortrag hinzutreten. Der Aufsichtsrat schlägt vor, 52 000 (52 000) Mk. den Reserven und 20 000 (20 000) Mk. den Unterstützungsfonds zuzuwenden, wieder 15 Prozent Dividende auszuschütten und 68 218 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Fabrik ist fortgesetzt gut beschäftigt.

Gewerkschaftliches.

Die Girsch-Dunker'schen Gewerksvereine im Jahre 1907.

Lange haben die Gewerksvereine gegögert, ihren Jahresbericht für 1907 zu veröffentlichen, aber wenn man den endlich in der Nr. 65 des „Gewerksverein“ abgedruckten Bericht liest, dann wird das Zögern verständlich, denn es sieht bei den Girschen geradezu trostlos aus. Das Jahr 1907 war für die Gewerkschaften im allgemeinen wenig günstig, und man durfte auf ein Wachstum der Girsch-Dunker'schen Gewerksvereine in diesem Jahre um so weniger rechnen, als sie an dem Fortschritt, den die Gewerkschaften anderer Richtung in der Zeit des guten Geschäftsganges erzielten, nur in äußerst bescheidenem Maße teilgenommen hatten. Einen so fluchtartigen Abfall der Mitglieder, wie er tatsächlich eingetreten ist, hätten wir aber doch nicht erwartet. Über den Mitgliederstand der einzelnen Gewerksvereine am Ende des Jahres 1907 verglichen mit den Zahlen aus dem Vorjahr gibt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Name des Gewerksvereins	Mitgliederzahl		Zu- oder Abnahme gegen 1906
	Ende 1906	Ende 1907	
Maschinenbau- u. Metallarbeiter	48199	40700	- 7499
Rauflente	18623	19933	+ 1310
Fabrik- und Handarbeiter	17138	15846	- 1287
Textilarbeiter	6299	6107	- 192
Holzarbeiter	6994	5805	- 1189
Leberarbeiter	5300	5254	- 46
Schneider	4050	4584	+ 484
Bergarbeiter	2509	2113	- 396
Ebener	1774	1672	- 102
Graphische Berufe	1899	1586	- 313
Tabakarbeiter	1900	1580	- 320
Bauhandwerker	1222	1016	- 206
Brauer	688	875	+ 192
Frauen und Mädchen	792	698	- 94
Widhauer	451	374	- 77
Schiffszimmerer	251	314	+ 63
Ronditoren	298	135	- 163
Selbständige Berufe	—	117	+ 117
Steinarbeiter	—	112	+ 112
Kellner	84	48	- 36
Reepschläger	47	47	—
Handelshilfsarbeiter	—	23	+ 23
Zusammen	118508	108889	- 9619

Die Gesamtzahl der Mitglieder ist also von 118 508 auf 108 889 zurückgegangen; das bedeutet einen Verlust von 9619 Mitgliedern oder 8,1 Prozent. Dabei sind noch einige Gewerksvereine mitgerechnet, die gar keinen Bericht eingekandt haben, so daß es zweifelhaft ist, ob sie am Jahres-schluß noch existierten. Hierzu gehören die Tabakarbeiter, Steinarbeiter und das merkwürdige Gebilde des Gewerksvereins selbständiger Berufe.

Als Mitgliedern gewonnen haben nur die Gewerksvereine der Rauflente, der Schneider, der Brauer und der Schiffszimmerer, alle anderen sind zurückgegangen und teilweise ganz rapid. Wenn man von den Zwergorganisationen der Ronditoren und der Kellner abzieht, bei welchen der Verlust 54,6 bzw. 42,8 Prozent der vorjährigen Mitgliederzahl ausmacht, dann hat der Gewerksverein der Holzarbeiter die verhältnismäßig stärkste Einbuße erlitten. Die Mitgliederzahl ging von 6994 auf 5805 zurück; der Verlust beträgt also 1189 Mitglieder oder volle 17 Prozent. Die absolut größte Einbuße hat der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter erlitten, der 7499 oder 15,5 Prozent seiner Mitglieder verloren hat. Bei den Bergarbeitern beträgt der Verlust 15,7 Prozent, bei den graphischen Berufen 16,4 Prozent, bei den Tabakarbeitern und den Bauhandwerkern je 16,8 Prozent usw. Kurzum, die Gewerksvereine haben im Jahre 1907 solche Verluste erlitten, daß es zweifelhaft ist, ob sie sich jemals wieder von ihnen erholen. Das wird aber die Girsche nicht hindern, auch künftig in ihren Organen den Mund recht voll zu nehmen und eine Sprache zu führen, als ob sie die maßgebende Rolle in der Industrie spielen.

Der Bearbeiter der Gewerksvereinstatistik ist allerdings eifrig bemüht, seinen Getreuen Mut einzupflößen und sie, so gut es geht, über den faulen Stand der Organisation hinwegzutäuschen. Er sagt in seinem Kommentar, daß die Gesamtmitgliedszahl „etwas zurückgegangen“ sei, und tröstet sich mit der Buzahme, die der Gewerksverein der Rauflente in dieser bösen Zeit erfahren hat. Besonders stolz ist er auf das Vermögen der Gewerksvereine, und eine sich auf die

letzten sieben Jahre erstreckende Zusammenstellung der Mitgliederzahlen, des Gesamtvermögens und des auf den Kopf des Mitglieds entfallenden Anteils nennt er ein „gewichtiges Agitationsmaterial“. Gar so gewichtig ist der Betrag von 1.416.554,98 Mk. in den Hauptkassen aller Gewerksvereine allerdings nicht, aber man weiß sich zu helfen. Man zählt das Vermögen der durchaus unabhängig vom Gewerksverein verwalteten Kranken- und Begräbniskassen hinzu und kommt so zu einer Gesamtsumme von 3.968.949,80 Mk. Auf den Kopf des Mitglieds berechnet, ergibt das ein Vermögen von 86,45 Mk., während der Anteil pro Kopf im Jahre 1906 nur 30,60 Mk. und 1905 gar nur 29,86 Mk. betragen hat. Wenn die Fische auf diese Vermögenssteigerung pro Kopf des Mitglieds so stolz sind, dann wollen wir ihnen das Vergnügen gern gönnen. Wir sind sogar überzeugt, daß diese Quote in den nächsten Jahren noch eine bedeutende Steigerung erfahren wird, und zwar wird diese Steigerung um so höher sein, je mehr die Mitgliederzahl zurückgeht. Mögen also die Gewerksvereiner nur dem Rat ihrer Zentralleitung folgen und mit ihrem Mitgliederchwund agitieren, der den Anteil des einzelnen am Gesamtvermögen so stark steigert. Bei solchem Agitationsmaterial kann der Erfolg nicht ausbleiben. —

Partei und Gewerkschaft. Dem demnächst stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag wird vom Parteivorstand und der Kontrollkommission folgender Antrag unterbreitet: „Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Übertritt der Sozialisteneinvereine in die Zentralverbände. Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen in der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen des Parteitags und des internationalen Kongresses in Stuttgart die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-sozialistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmätzt. Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen im Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als eine schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Resultat geführt haben, erklärt der Parteitag jede Mitarbeit von Parteigenossen an den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband als unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.“

Der Schmiedeverband hat bekanntlich auf seinem letzten Verbandstag den Anschluß an den Metallarbeiterverband abgelehnt. Mit diesem Verbandstagsbeschluss war jedoch die Zahlstelle Hamburg nicht einverstanden und in einer Mitgliederversammlung beschloß sie, ihrerseits geschlossen zum Metallarbeiterverband überzutreten. In dieser Angelegenheit sind nun Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen der Metallarbeiter und der Schmiede gepflogen worden, die zu einer Verständigung nach der Richtung führten, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes den Übertritt der Hamburger Zahlstelle des Schmiedeverbandes ablehnt; auch Einzelübertritte sollen vor dem 1. November 1908 nicht vollzogen werden. Dagegen verpflichtet sich der Vorstand des Schmiedeverbandes in Verhandlungen wegen Verschmelzung der Organisation mit dem Metallarbeiterverband einzutreten und dem nächsten Verbandstag hierüber schriftlich Bericht zu erstatten, auch einen Vertreter des Metallarbeiterverbandes zur Beratung dieses Punktes auf den Verbandstag einzuladen. — Dieses Abkommen läßt darauf schließen, daß eine Verschmelzung der beiden Organisationen früher eintritt, als man nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages der Schmiede erwarten durfte.

Der Schneiderverband hielt seinen Verbandstag vom 17. bis 22. August in Frankfurt a. M. Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung, die den Verband schon lange beschäftigt, hatte der Verbandsvorstand eine detaillierte Vorlage ausgearbeitet. Die Einführung dieses Unterstützungs-zweiges wurde jedoch abgelehnt, dagegen beschlossen, das vorliegende Material den Mitgliedern zu unterbreiten und am 1. April 1909 eine Urabstimmung vorzunehmen. Die beantragte Einführung von Staffelbeiträgen war zunächst abgelehnt worden. Als jedoch später ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder keine Mehrheit fand, kam man wieder auf die Staffelbeiträge zurück. Beschlossen wurde die Einführung von je zwei Beitragsklassen für männliche und weibliche Mitglieder. Die Beiträge betragen nunmehr 40 und 50 Pf., beziehungsweise 20 und 25 Pf. Die Wahl der Beitragsklasse bleibt jedem Mitglied selbst überlassen. Die Unterstützungen wurden entsprechend den Beiträgen festgesetzt und bezüglich des Übertritts aus der einen in die andere Beitragsklasse beschlossen, daß die höheren Unterstützungsätze erst gewährt werden, wenn in der höheren Klasse mindestens 52 Beiträge gezahlt sind, dagegen kommen bei einem Übertritt aus der ersten in die zweite Beitragsklasse die niederen Unterstützungsätze gleich zur Anwendung.

Eine internationale Schneiderkonferenz tagte im Anschluß an den Schneiderverbandstag in Frankfurt a. M. An derselben nahmen Delegierte aus Deutschland, Amerika, Dänemark, England, Österreich, Schweiz, Ungarn und Holland teil. In einer Resolution wurde die Verpflichtung zu gegenseitiger finanzieller und moralischer Unterstützung bei Streiks ausgesprochen. Des weiteren wurde beschlossen, den Mitgliedern der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände beim Übertritt in eine ausländische Organisation die Reise- und Streikunterstützung sofort zu gewähren. Die übrigen Unterstützungen werden jedoch erst nach einjähriger Karenzzeit gewährt. Als internationaler Sekretär wurde Stühmer-Berlin wiedergewählt.

Das dänische Unternehmertum hat mit seinen Ausperrungsgelüften einen schweren Nainfall erlebt. Aus einem kleinen Unlath haben die Scharfmacher zu einem vernichtenden Schlag gegen die Gewerkschaften ausgeholt, die durch

eine Riesenausperrung matt gefeßt werden sollten. Es kam aber ganz anders, als die Herren dachten.

Etwa 200 Lithographen standen im Streit um die Einführung des Achtstundentags, der im Buchdruckgewerbe und den verwandten Berufen bereits aufgenommen ist. Um die Streikenden niederzuzwingen, beschloß der Arbeitgeberverein die Ausperrung in den übrigen Berufen, und zwar sollte diese Ausperrung, wie die Unternehmer dem Gewerkschaftsverband mitteilten, eine Ausdehnung erhalten, wie sie den Herren angemessen erscheint. Als erste sollten die Buchdrucker ausgesperrt werden, doch waren die Unternehmer so gnädig, die Zeitungsdruckereien von der Ausperrung auszunehmen. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Dänischen Buchdruckerverband gemacht. Als am 10. August die Ausperrung in Kraft trat, wurde gleichzeitig die Arbeit in den Zeitungsdruckereien eingestellt. Die ganze bürgerliche Presse Kopenhagens und Dänemarks mußte ihr Erscheinen einstellen, nur die sozialdemokratischen Blätter erschienen und machten selbstverständlich glänzende Geschäfte. Das Nichterscheinen der Zeitungen bedeutet erklärlicherweise eine riesige Kalamität, an welcher das ganze Publikum interessiert war. Zum Überflus schlugen auch die Versuche der Unternehmer, sich auf diese oder jene Weise aus der Patsche zu helfen, fehl. Ein großes Kopenhagener Blatt hatte mit einer schwedischen Zeitung einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem diese auf der letzten Seite mit dänischem, im übrigen aber mit schwedischem Text in Dänemark verbreitet werden sollte. Einmal erschien dieses Monstrum einer Zeitung, dann aber verweigerten die schwedischen Buchdrucker die Herstellung. Mehrere große Zeitungen in Kopenhagen vereinigten sich, um mit Hilfe einiger Kleinmeister, die Streikbrecherdienste leisteten, ein gemeinsames Blatt für die Dauer des Streiks herauszugeben. Das Blättchen erschien in kleinem Format und in schauderhafter Ausstattung, aber vergeblich — die Zeitungsboten weigerten sich, dieses Produkt der Streikbrechertätigkeit auszutragen. Schließlich legte sich der Minister des Innern ins Mittel, und seinen Vermittlungen gelang es, eine Verständigung herbeizuführen.

Der Plan der Unternehmer ging dahin, am 24. August mehr als 21.000 Arbeiter der verschiedensten Berufe auszusperrn. Nachdem sie gesehen, was sie sich für eine Suppe eingebrockt haben, dürften sie nun wohl von ihren Ausperrungsabsichten für einige Zeit kuriert sein. Die Solidarität der Arbeiter, die sich in diesem Fall besonders in dem energischen Handeln der Buchdrucker dokumentierte, hat über die Brutalität der Unternehmer triumphiert.

Unternehmerbewegung.

Ein bayerischer Tapezierermeister- und Möbelfabrikantenverband ist kürzlich in München gegründet worden, nachdem sich aus dem Unlath die Innungen und die lokalen Arbeitgeberverbände der Tapezierer, Dekorateurs und Möbelfabrikanten aufgelöst hatten. Als Zweck der Organisation wurde die Zusammenfassung von Generalausperrungen zur Abwehr von Streiks bezeichnet und die Absicht ausgesprochen, künftig nur noch Tarife abzuschließen, die am 31. Dezember ablaufen. Zur besseren Durchführung ihrer Pläne will sich die neue Organisation dem Zentralverband der Arbeitgeberverbände für das Tapezierer-, Möbel- und Dekorateurgewerbe Deutschlands anschließen. — Die Herren nehmen ja den Mund recht voll, sie werden aber noch die Erfahrung machen, daß auch in den Scharfmacherverbänden nur mit Wasser gefochet wird.

Die bayerischen Metallindustriellen führen ihren Plan, die Organisation der Angestellten zu vernichten, rücksichtslos durch. Tonangebend ist in dieser Beziehung die durch Züchtung von gelben Vereinen berühmt gewordene Maschinenfabrik Augsburg. Nachdem das Ansuchen der Direktion, für 500 Mk. Gratifikation aus der Berufsorganisation auszutreten, nur bei den kaufmännischen Angestellten Erfolg hatte, versuchte die Firma, nun auch die technischen Angestellten unter ihre Fittiche zu ziehen. So wurden in der letzten Tagung die Mitglieder des Deutschen Technikerverbandes einzeln in die Bureaus der Abteilungschefs berufen. Hier mußten diese „freiwillig“ Gekommenen den Verkauf ihres Koalitionsrechts eigenhändig schreiben und in die Hände des Abteilungschefs legen. Die genannten Verbandsmitglieder haben alle unterschrieben! Der Revers, den sie ausstellen mußten, verpflichtet die Betreffenden, der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg Mitteilung zu machen, wenn sie irgend einer Organisation beitreten, ebenso mußten sie sich verpflichten, niemals dem „Bund der technisch-industriellen Beamten“ anzugehören. Als die Leute sich ihrer Menschenrechte begeben hatten, wurde ihnen eröffnet, daß die Direktion jetzt Aufbesserung gewähre! — Und diese Gesellschaft entblödet sich nicht, über den Terrorismus der Arbeiter zu zernern.

Eine internationale Scharfmacherorganisation großen Stils soll nach dem „Vorwärts“ in der Bildung begriffen sein. Zwischen der Norddeutschen Schiffsreedereivereinerung und der die Ost- und Nordseeerereien umfassenden Baltic and White Sea Conference, die ganz Nordeuropa beherrschen, sind Verhandlungen im Gange beziehungsweise dem Abschluß nahe, einen internationalen Verband der Reeder zu gründen. Diese neu zu schaffende Organisation, deren Hauptzweck „Schutz gegen die Folgen von Ausständen der Seeleute“ bilden soll, weist eine Gesamttonnage von 4,4 Millionen Tonnen (1 Tonne 20 Zentner) auf.

Eingefandt.

Ein Agitationsmittel.

In letzter Zeit ist vielfach auf den Stillstand, ja sogar Rückgang unseres Verbandes hingewiesen worden. Man gab bald diesem bald jenem Umstand schuld, darin sind wir uns aber wohl alle einig, daß einer der Hauptgründe die herrschende Krise ist. Den größten Rückgang verzeichnen wir jetzt wohl in den Industrie- und Großstädten, obwohl an der Zahl der Beschäftigten gemessen, der Rückgang nur scheinbar ist. Weil aber viel Organisierte abreißen, neue jedoch nicht in Arbeit treten, so bleibt der Verlust bestehen. Es handelt sich nun darum, die Abreisenden dem Verband

zu erhalten. Die Erfahrung lehrt uns, daß zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges viele Kollegen in der von der Krise wenig ergriffenen Orten und auf dem Lande in Arbeit treten, mehr oder weniger weit entfernt von Zahlstellen. Die noch nicht fattelsten Kollegen gehen uns hier verloren. Bei der Abreise verspricht wohl mancher, sich zu bestimmten Terminen Marken schicken zu lassen, naht aber der Zeitpunkt, dann ist alles vergessen. Der eine tröstet sich selbst mit später, der andere ist zum Schreiben zu bequem, kurz und gut, bald ist eine längere Zeit verfloßen, zu lang, die rückständigen Beiträge noch bezahlen zu können. Eine Neuaufnahme halten die Kollegen unter den obwaltenden Umständen nicht für erforderlich, aber für die Organisation ist ein neuer Verlust entstanden.

Wären alle diese Mitglieder fattelst, dann könnten sie agitatorisch für unseren Verband und seine Ausbreitung wirken, bessere Verhältnisse könnten geschaffen werden, Licht würde auch in die dunkelsten Winkel dringen. Es könnte so mancher Nutzen erzielt werden; freilich ist dazu viel Arbeit, Aufklärung nötig. Um die Verwirklichung dieser Pläne herbeizuführen, gilt es vor allem, den richtigen Weg zu finden. Da ist zuerst die Erleichterung der Beitragszahlung durch Errichtung von Hilfszahlstellen in den kleineren Orten und Verbreitung der Zeitung und Marken durch die Vertrauensleute. Es ist dies ja vielfach durchgeführt, aber müssen es denn immer Solzarbeiter sein, können nicht mit den anderen Organisationen zusammen Vereinbarungen getroffen werden, daß ein einzelner gewählt wird, einer, der am Orte anständig, der für die wenigen Mitglieder der einzelnen Organisationen dies übernimmt. Selbstverständlich müssen die Organisierten ihm bei der Agitation hilfsreich zur Seite stehen. Die Organisierten aller Berufe mußten sich enger zusammenschließen, gemeinsam alle zwei bis vier Wochen kombinierte Versammlungen abhalten, die durch Vorträge und Vorlesungen einzelner Befähigter Lehrreich und aufklärend zu gestalten sind. Aufgerollt und wachgehalten muß das Interesse an der Organisation werden; die umliegenden Zahlstellen müssen hilfsreich mehr als je mit eingreifen. Einer Anzahl „überorganisierter Zahlstellen“ ist hier ein weites Agitationsfeld geboten. Der Beitrag in solchen Hilfszahlstellen darf wohl vorerst 50 Pf. nicht übersteigen. Arbeiten Stadt und Land mehr als je Hand in Hand, so werden wir vor mancher bitteren Erfahrung bewahrt. Vorwärts werden wir schreiten trotz aller Bekämpfung durch unsere Gegner. Die Kollegen allerorts aber bitte ich, nachzudenken über diese Zeilen, neue Rat schläge und neue brauchbare Kampfmittel den alten hinzuzufügen, dem aufwärtsstrebenden Gang der Entwicklung die Wege zu ebnen. P. Luce-Barel.

Literarisches.

Garantien der Harmonie und Freiheit von Wilhelm Weilling. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW 68. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

In wenigen Monaten vollendet sich ein Jahrhundert seit der Geburt Wilhelm Weillings, der dem ersten Jahrzehnt der deutschen Arbeiterbewegung das geistige Gepräge gegeben hat. . . . Mit diesen Worten führt der Herausgeber diese bedeutendste Arbeit Wilhelm Weillings ein. Es ist eine sozialistische Utopie, wie viele andere vor dem bereits erschienen waren. Trotzdem erregte sie bei ihrem Erscheinen einen mächtigen Eindruck, über dessen Ursache Mehring sagt: „Zum erstenmal machte ein Arbeiter mit dem revolutionären Temperament seiner Klasse, mit dem instinktiven Scharfsinn ihres erwachenden Klassenbewußtseins, mit packender und stürmischer Beredsamkeit den Gedankenschatz des Sozialismus mobil für den Emanzipationskampf des Proletariats.“ Die großen Utopisten vor ihm wandten sich an die Begüterten, die sie für ihre Zukunftsideen gewinnen wollten. Weilling war der erste, der sich an die Arbeiter wandte. Er warf die Schranken nieder, die seine Vorgänger von der Arbeiterklasse trennten.

Marx als Denker. Zum 25. Todesjahre von Karl Marx von Dr. Max Adler. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW 68. Preis 1,20 Mk.

In Wien veranstaltete die „Freie Vereinigung“ sozialistischer Akademiker und Studenten einen Vortragszyklus zum Gedächtnis des 25. Todesjahres von Karl Marx. Den Vortrag, den Genosse Adler bei dieser Gelegenheit gehalten, hat derselbe erweitert und zur vorliegenden Broschüre verarbeitet.

„Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?“ Ein praktischer Ratgeber von Eduard Gräf, Arbeiterssekretär zu Frankfurt a. M. Verlag von Benno Schmidt, Frankfurt a. M., Schnurgasse 36. Preis 10 Pf.

Wir heben besonders folgende Kapitel hervor: „Der Zweck der Versicherung; der Kreis der Versicherten; Zahl derselben; das Beitragsverfahren; der Betriebsunfall; die Leistungen der Unfallversicherung; Heilverfahren und Krankenhausbekämpfung; Unfallrente; Höhe derselben; die Hinterbliebenenrente; das Sterbegeld; Rentenanspruch; Zahlung der Renten; Nutzen der Renten; Abfindung und Haftpflicht des Unternehmers.“ — Der Verlag liefert den Gewerkschaften bei Bezug von 100 Exemplaren das Schriftchen zum Preise von 8 Pf. per Stück bei Francozusendung.

Das staats- und gemeindesteuerpflichtige Einkommen der Arbeiter. Von Konrad Kühne. Kommissionsverlag von J. Garwitz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstr. 16. 76 Seiten. Preis 80 Pf.

An der Hand von Beispielen wird dem Steuerpflichtigen gezeigt, welcher Art Abzüge durch Gesetz und Rechtsentscheidungen festgelegt sind. Das Büchlein nimmt auf die besonderen Fälle bei Arbeitern Rücksicht, worin sein Hauptvorzug gegenüber anderen umfangreichen Erläuterungen besteht. Jedenfalls werden die geringen Anschaffungskosten des Büchleins sich schon bei dem ersten Einspruch bezahlt machen.

::: Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! :::
Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Solzarbeiterverband.

